

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2019

Gesamtabschluss 2019

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| A. Vorwort | 3 |
| B. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2019 | 4 |
| 1. Konsolidierungsbericht | 4 |
| 1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden | 4 |
| 1.1.1 Einführung | 4 |
| 1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen | 4 |
| 1.1.3 Geschäftsverlauf | 7 |
| 1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks | 15 |
| 1.1.5 Vermögenslage: | 21 |
| 1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss | 23 |
| 1.1.7 Ergebnissituation | 24 |
| 1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss | 26 |
| 1.1.9 Finanzlage | 27 |
| 1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick | 28 |
| 1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres .. | 43 |
| 2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung | 45 |
| 2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung | 45 |
| 2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung | 47 |
| 2.3 Konsolidierte Finanzrechnung | 48 |
| 3. Anhang | 50 |
| 3.1 Allgemeine Angaben | 50 |
| 3.1.1 Rechtliche Grundlagen | 50 |
| 3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises | 50 |
| 3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze | 55 |
| 3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | 57 |
| 3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung | 61 |
| 3.2.1 Anlagevermögen | 61 |
| 3.2.2 Umlaufvermögen | 68 |
| 3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | 68 |
| 3.2.4 Eigenkapital | 69 |
| 3.2.5 Sonderposten | 70 |
| 3.2.6 Rückstellungen | 71 |
| 3.2.7 Verbindlichkeiten | 74 |
| 3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten | 74 |
| 3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung | 75 |
| 3.3.1 Ordentliches Ergebnis | 75 |
| 3.3.2 Außerordentliches Ergebnis | 86 |
| 3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis | 87 |
| 3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung | 88 |
| 3.5 Sonstige Angaben | 90 |
| 3.5.1 Haftungsverhältnisse | 90 |
| 3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen | 92 |
| 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen | 94 |
| 3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung / Magistrat | 96 |
| Anlagen | 98 |
| Anlage (1) Anlagenspiegel | 99 |
| Anlage (2) Forderungsspiegel | 100 |
| Anlage (3) Eigenkapitalspiegel | 101 |

Gesamtabschluss 2019

| | |
|--|-----|
| Anlage (4) Sonderpostenspiegel | 102 |
| Anlage (5) Rückstellungsspiegel | 103 |
| Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel | 104 |
| Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen | 105 |

Gesamtabschluss 2019

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2019 vor. Ziel dieses Werkes ist es, die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist mit über 200 km² Gemarkungsfläche als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt mit kurzen Wegen und einem breiten Gesundheitsangebot. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht, sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich, auch für dieses Jahr über einen finanziell positiven Verlauf zu berichten. Der Jahresüberschuss des Jahres 2019 liegt bei 26,9 Mio. €. Dies sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 4,9 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen und die Gesamtleistung (Umsatz) von 2,1 Mrd. € ebenfalls.

Schwerpunktt Themen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind der Ausbau des emissionsfreien öffentlichen Nahverkehrs, die Digitalisierung der Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards sowie die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2019

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2019¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen Ende 2019 291.109 Einwohner². Hinzu kamen noch die Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunsthöfen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz, Darmstadt und Offenbach, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte in 2019 mit einem Kaufkraftindex von 110,9 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 26 Tsd. € Ausgaben für Konsum pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Berichtszeitraum nur noch um 0,6 %. Hier lässt sich im Vergleich zu den Vorjahren ein stetiges Sinken der Steigerungsrate des BIP erkennen. Ausschlaggebend hierfür ist der Außenhandel. Internationale Handelskonflikte und Unsicherheiten bei Firmen bremsten die Volkswirtschaft. Die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe ohne Bau, welche gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, ist rückläufig. Dies ist insbesondere auf die schwache Produktion in der Automobilindustrie zurückzuführen. Pessimistische Geschäftsaussichten sowie eine schwierige Auftragslage dämpfen hier

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus der Broschüre „Zahlen und Fakten 2020“

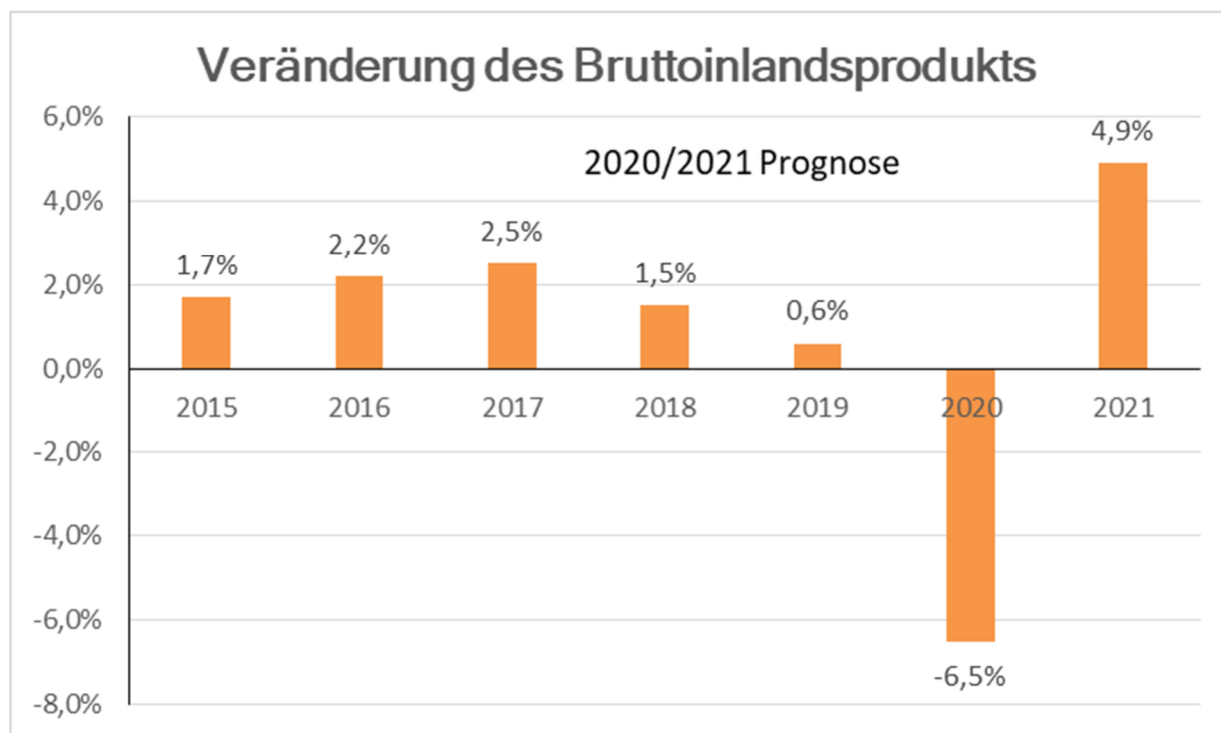
³ Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2019 Wiesbaden“

Gesamtabschluss 2019

die Aussichten. Positive Wachstumsimpulse gingen hingegen von der Binnenwirtschaft aus. Die günstigen Finanzierungsbedingungen und kräftigen Lohnsteigerungen sorgten für einen steigenden privaten und öffentlichen Konsum. Vor allem die Baubranche und Dienstleistungsunternehmen profitierten hiervon. In Bauten wurde 3,8 % mehr investiert als im Vorjahr. Besonders stark war der Anstieg im Tief- und Wohnungsbau. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung lagen ebenfalls mit 2,7 % weit über dem Vorjahresniveau.⁴

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2019 erstmals von mehr als 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das sind 400.000 Personen mehr als im Jahr 2018. Dieser Anstieg von 0,9 % beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Aufgrund der Corona Pandemie und der daraus resultierenden Folgen, wird für das Jahr 2020 vom Sachverständigenrat erstmals ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert. Voraussichtlich der stärkste Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Außenhandel geht zurück, Ausrüstungsinvestitionen sinken und der private Konsum bricht deutlich ein. Positive Wachstumsbeiträge bringen nur der öffentliche Sektor und Bauinvestitionen. Der Arbeitsmarkt ist geprägt von steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.⁵ Im Jahr 2020 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Rezession.



Quelle: Konjunkturprognose 2020/2021 vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

⁴ Jahresgutachten 2019/2020 des Sachverständigenrats

⁵ Konjunkturprognose 2020 und 2021 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Gesamtabschluss 2019

Die Hessische Konjunktur erhält durch die Corona Pandemie einen deutlichen Dämpfer. So bewerten im Herbst 2020 nur 24 % der hessischen Unternehmen ihre Geschäftslage als gut und 48 % als zufriedenstellend.

Der Geschäftsklimaindex für die hessische Wirtschaft sinkt gegenüber dem Jahr 2019 auf 98 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Damit liegt er deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 110 Punkten. Den aktuellen Personalstand möchten nur noch 63 % der hessischen Unternehmen halten, 23% möchten ihre Belegschaft verkleinern.

Für Wiesbaden wird die aktuelle Geschäftslage von den Unternehmen überwiegend als weniger gut bewertet, 24 % der Unternehmen beschreiben ihre Lage als gut, 28 % als schlecht und 48 % als befriedigend.

Die Einschätzung der Lage spiegelt sich auch in der Einstellungsbereitschaft wieder. Lediglich 14 % der Wiesbadener Unternehmen planen die Vergrößerung ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten. Dies sind deutlich weniger als im Jahr 2019⁶.

Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist im Vergleich zu anderen hessischen Städten weiterhin hoch. Zum Stichtag 31.12.2019 betrug sie 6,0 %. In ganz Hessen ist die Arbeitslosenquote zum 31.12.2019 durchschnittlich 4,3 %. Ursache ist unter anderem der Arbeitsmarkt in Wiesbaden, der durch eine geringe Aufnahmefähigkeit von geringqualifizierten bzw. ungelerten Kräften und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften gekennzeichnet ist.⁷

⁶ Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Herbst 2020

⁷ Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“

Gesamtabschluss 2019

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden ist im Berichtsjahr weiter rückläufig. Das konsolidierte Jahresergebnis wies einen Rückgang von 53,7 Mio. € auf 26,9 Mio. € auf. Hierzu hat insbesondere die verschlechterte Ergebnissituation der Kernverwaltung beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|--|------------|------------|-------------|
| Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage) | 347,8 | 314,5 | 33,3 ↑ |
| Einkommensteuer | 184,8 | 173,3 | 11,5 ↑ |
| Schlüsselzuweisungen | 156,0 | 157,9 | -1,9 ↓ |
| Grundsteuer (A + B) | 61,5 | 60,8 | 0,7 ↑ |

Die Gewerbesteuererträge i. H. v. 347,8 Mio. €⁸ lagen im Berichtsjahr 33,3 Mio. € über denen des Vorjahres, ebenso konnte eine Steigerung der Einkommensteuererträge verzeichnet werden. Die Schlüsselzuweisungen fielen nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr aus.

Neben den Steuererträgen konnten die privaten Leistungsentgelte gesteigert werden. Da aber die ordentlichen Aufwendungen überproportional dazu anstiegen, wurde ein deutlich geringeres Jahresergebnis erzielt. So fielen im Berichtsjahr höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen (590,9 Mio. €, +62,1 Mio. €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (658,3 Mio. €, +44,1 Mio. €) und die Abschreibungen (153,9 Mio. €, +15,1 Mio. €) an.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 8.384 Mitarbeitende. Dies sind 357 Mitarbeitende mehr als im Vorjahr.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die **WV Holding** erzielt neben ihrer Holdingfunktion Umsatzerlöse aus der Vermietung eigener Liegenschaften in Wiesbaden.

Unter den Vorräten wird unverändert die zum Verkauf bestimmte **Citypassage** (City I)⁹ ausgewiesen. Diese wurde im Jahr 2016 mit dem Ziel erworben, das Objekt zusammen mit einem Nutzungskonzept und einem Bebauungsplan zur städtebaulichen Weiterentwicklung des

⁸ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

⁹ Die Liegenschaft Citypassage besteht aus den räumlich getrennten bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage mit den benachbarten Grundstücken (City I) und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II und dem angrenzenden vermieteten Ärztehaus. Die Teilfläche City II übernahm die WV Holding in den Immobilienbestand und vermietet diese dauerhaft.

Gesamtabschluss 2019

Quartiers bzw. der Fußgängerzone an einen Erwerber zu veräußern. Das EU-weite Ausschreibungsverfahren wurde erfolgreich beendet. Laut Beschluss der Stadtverordneten vom 27.06.2019 Nr. 0272 soll die Veräußerung an „Development Partner“ erfolgen (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Das in Teilen als Einzelkulturdenkmal geschützte **Gebäude „Walhalla“** kann aus statischen und brandschutztechnischen Gründen nicht genutzt werden, deshalb wurden bereits in Vorjahren Planungen zur Revitalisierung erstellt. Der vorgelegte Konzeptentwurf, der von einer kulturellen Nutzung ausgeht, sieht Kosten i. H. v. 40 Mio. € (brutto) für die Sanierung des Bestandsgebäudes inkl. der Errichtung von brandschutztechnisch notwendigen Erweiterungsflächen vor. Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich auf Basis des Konzeptentwurfs im Juni 2019 für die Sanierung und der anschließenden kulturellen Nutzung aus (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten zu adäquaten Preisen mit Wohnraum. Mit rd. 13.150 Wohnungen - davon rd. 4.000 Sozialwohnungen - gelten die GWW und die GeWeGe als größte Anbieter auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt. Hierbei steht insbesondere die langfristige Sicherung dieses Wohnungsbestandes zur sozialen Fürsorge und Grundversorgung im Vordergrund. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Der Geschäftsverlauf im Bereich der Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung ist insgesamt weiterhin positiv zu beurteilen.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der **Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG)** geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der SEG, die städtebauliche Projektentwicklung, ist weiterhin mit stark schwankenden Umsätzen und vergleichsweise hohen Risiken verbunden. Dem wird jedoch durch die Vermietung des eigenen Immobilienbestandes mit konstanten Mittelzuflüssen und der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen gegengesteuert. In der aktuellen Phase profitiert die SEG zudem von der grundsätzlich positiven Entwicklung des Immobilienmarktes und im Besonderen von der entsprechenden Situation im Rhein-Main-Gebiet. Der positive Geschäftsverlauf der SEG ist im Wesentlichen geprägt durch die höheren Deckungsbeiträge aus der Veräußerung von Grundstücken der Entwicklungsgebiete Hainweg, Parkfeld, American Arms und Abraham-Lincoln-Straße.

Im Juni 2018 erwarb die SEG im Rahmen des Erstzugriffsrechts der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) nach langen Verhandlungen die ehemalige US-Liegenschaft an der Frankfurter Straße für über 20 Mio. €. Nach dem Abriss des markanten sternförmigen Gebäudes in 2019 ist ein neues Wohnquartier mit einem Nutzungsmix aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie einem Nahversorger vorgesehen. In 2019 wurde die rückwärtige Fläche zwischen Viktoria- und Martinstraße von der SEG an die Deutsche Invest Immobilien (DII) verkauft, die hier bis zu 90 Eigentumswohnungen bauen möchte. Die SEG hat mit dem Verkauf die wirtschaftliche Grundlage geschaffen, um den zur Frankfurter Straße gewandten Teil selbst zu entwickeln.

Gesamtabschluss 2019

Die **WiBau** übernimmt im Verbund die Aufgabe der Betreuung und Bewirtschaftung von Schulen sowie die Projektleitung beim Neubau von Schulen. Im Rahmen dessen wurden im Berichtsjahr zwei weitere große Generalübernehmerverträge für den Bau von Schulen sowie zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen von Schulen und Turnhallen abgewickelt. Darüber hinaus ergaben sich strukturelle Veränderungen in der Geschäftstätigkeit, indem ein neuer Schwerpunkt auf das Unterhaltsmanagement der Schulen gelegt wurde. Hierfür baute die WiBau entsprechende personelle Kapazitäten auf, die für die Erfüllung von bestehenden und zukünftigen vertraglichen Verpflichtungen benötigt werden, denen aber noch keine signifikanten Erlöse im Berichtsjahr gegenüberstehen. Weiterhin setzte die WiBau ihre erarbeiteten Kompetenzen im Bereich Vergabe von Leistungen ein.

Der Geschäftsverlauf der **WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG** ist in 2019 gekennzeichnet durch erhöhte Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Teilbereichen des Areals „Walkmühle“. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes war ein Schwerpunkt die Neubautätigkeit in der Karl-Glässing-Straße und der Ellenbogengasse sowie die Sanierung der Liegenschaft „Walkmühle“.

Insgesamt kann für die Sparte Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung ein positiver Geschäftsverlauf festgestellt werden, da trotz des Rückgangs der Umsatzerlöse ein deutlich höheres Jahresergebnis erzielt wurde. Ausschlaggebend hierfür sind die wiederholt unerwartet hohen Gewinne bei Grundstücksverkäufen.

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

Die Umsatzerlöse im Bereich **Energieversorgung** haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Dabei stiegen die Stromerlöse gegenüber dem Vorjahr preisbedingt und die Gaserlöse mengenbedingt. Die Erlöse aus Wärme erhöhten sich ebenfalls mengenbedingt. Aufgrund deutlich gestiegener Beschaffungskosten sowie der höheren Netzentgelte lag das betriebliche Ergebnis der ESWE Versorgung geringfügig unter dem Vorjahr. Da sich aber sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Zinsergebnis deutlich verbesserten, wurde ein besseres Jahresergebnis als im Vorjahr ausgewiesen. Dies ist insbesondere auf die deutlich gestiegenen Beteiligungserträge aus direkten assoziierten Unternehmen zurückzuführen. Hier enthalten ist das anteilige Jahresergebnis der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW), welches gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Mio. € auf 13,1 Mio. € gestiegen ist und die negativen Ergebnisse aus den Windbeteiligungen und dem neuen Müllheizkraftwerk (MHKW)¹⁰ von insgesamt - 0,3 Mio. € überkompensierte.

Neben den klassischen Energiefeldern beschäftigen sich die Energieversorger mit dem Ausbau von energienahen Dienstleistungen, wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting, Smart-Home-Produkten sowie dem neuesten Produkt, dem Ladeinfrastruktur-Contracting.

¹⁰ Im Berichtsjahr erwarb die ESWE Versorgung Anteile i. H. v. 24,5 % an der Gesellschaft MHKW GmbH.

Gesamtabschluss 2019

Seit 2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb **WLW** wahrgenommen. Die gesamte Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2019 16,0 Mio. m³ (Vorjahr 16,1 Mio. m³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2019 auf 14,9 Mio. m³ (Vorjahr 15,1 Mio. m³).

Nach Konsolidierung sind die Umsatzerlöse im Rahmen der Wasserversorgung nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr, während die Aufwendungen - insbesondere der Personalaufwand aufgrund von Tarifierhöhungen - stiegen. Somit verschlechterte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresverlust ist außerdem auf den Umstand zurückzuführen, dass die Kosten der Wasserabnahmesteigerung nicht in voller Höhe an die Gebührenzahler weitergegeben werden konnten.

Die **WITCOM** konnte das Bestandskundengeschäft mit der Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortanbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen weiter ausbauen und Neukunden hinzugewinnen.

Im Berichtsjahr investierte die Gesellschaft **WITCOM** in immaterielle Vermögensgegenstände, aktive Netztechnik und Sachanlagen, um den aktuellen technologischen Entwicklungen gerecht zu werden. So wurden Investitionen in Backbone-Infrastrukturen und neue Technologien für ein leistungsfähiges Equipment getätigt. Weiterhin wurde die technische Einrichtung und die DataCenter-Infrastruktur erneuert und erweitert, aber auch instand gehalten.

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb **ELW** sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung mit rund 80 Mio. € nahezu unverändert. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wurde im Bereich Abwasser mit 42 Mio. € erwirtschaftet.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Die versiegelte Fläche, welche die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu (0,5%) unverändert. Jährlich neu hinzu kommende versiegelte Flächen einerseits und Entsiegelungsmaßnahmen andererseits neutralisierten sich in ihren Auswirkungen auf die Gebührenhöhe gegenseitig fast.

Das Restabfallvolumen, gemessen über die Summe der Restabfallbehälter unter Berücksichtigung des Fassungsvermögens in Liter und der Leerungshäufigkeit, blieb nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr 2018.

Da die Ablagerungskapazitäten auf der Deponie begrenzt sind und die Genehmigungsverfahren für die Erweiterung eher schleppend verlaufen, wurden restriktive Maßnahmen ergriffen um die Mengen zu reduzieren. Somit wurden die bereits im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Mengen im Jahr 2019 erneut um nunmehr 40 % auf 174.074 Tonnen reduziert.

Im Berichtsjahr gab es keine Gebührenanpassung.

Gesamtabschluss 2019

Die **MBA Wiesbaden GmbH** ist insbesondere zuständig für Abfälle, die nicht aus privaten Haushalten kommen und der Verwertung zuzuführen sind. Im Verlauf des Geschäftsjahres 2019 gingen die Umsätze zwar zurück. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein positiver Einmaleffekt¹¹ im Vorjahr zu erhöhten Umsätzen führte. Der darüber hinaus gehende Rückgang der Umsatzerlöse basierte auf einer im Rahmen des Kooperationsvertrages mit der RMA planmäßig geringeren Bereitstellung der Verfüllkapazität durch die MBA. Außerdem fielen im Berichtsjahr ausschließlich Abfälle zur Beseitigung (AzB) an, jedoch keine Abfälle zur Verwertung (AzV). Dies ging einher mit reduzierten Material- und Personalaufwendungen. Darüber hinaus konnten aus der Beteiligung an der DBW Recycling GmbH & Co KG höhere Erträge erzielt werden. Somit lag das Jahresergebnis zwar unter dem Vorjahresniveau, aber über den Planwerten.

Verkehr

Die **ESWE Verkehrsgesellschaft mbH** (ESWE Verkehr) stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Im Geschäftsjahr 2019 konnten die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet auf 61,2 Mio. Fahrgäste und die Umsatzerlöse im Linienverkehr im Wesentlichen aufgrund der Tarifierhöhung im RMV Verbund auf 53,8 Mio. € gesteigert werden.

Überproportional zu den Umsätzen stiegen die Aufwendungen. So erhöhten sich u. a. die Personalaufwendungen aufgrund von Mitarbeiterzuwächsen wie auch Tarifierhöhungen. In der Folge fiel das Jahresergebnis deutlich schlechter als im Vorjahr aus.

Das Berichtsjahr war geprägt von den Themen des Green City Plans der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem damit verbundenen Ausbau des emissionsfreien ÖPNV. So wurden beispielsweise im Berichtsjahr die ersten vollelektrischen eCitaro-Busse geliefert. Die Batteriebusflotte soll bis zum Ende des Jahres 2021 auf 120 Fahrzeuge steigen. Daneben liefen die organisatorischen Vorbereitungen für den Bürgerentscheid zur Einführung der CityBahn (Nähere Ausführungen siehe Kapitel 1.2).

Neben dem Ausbau der Elektromobilität soll der Radverkehr gesteigert werden. Diesbezüglich wurde im Berichtsjahr das Stationsnetz des Fahrradvermietsystems „meinRad“ von 57 auf 85 erweitert. Des Weiteren fand die Systemzusammenführung der beiden „meinRad“-Systeme von der ESWE Verkehrsgesellschaft und der Mainzer Mobilität statt, wodurch es möglich wurde, ein Mietrad in Wiesbaden zu mieten und in Mainz, Ingelheim oder Budenheim zurückzugeben.

Soziales

Durch soziale Leistungen entstanden Transferaufwendungen i. H. v. 397,9 Mio. € (Vj. 398,2 Mio. €). Diese entfallen mit 221,1 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen

¹¹ Aufgrund der Auflösung einer Rückstellung in 2018 wegen bestehender Rechtsstreitigkeiten zum europaweiten Vergabeverfahren zur thermischen Verwertung von Restabfällen sowie dem zu leistenden Kostenersatz von dem unterlegenen Kläger.

Gesamtabschluss 2019

nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), mit 80,2 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 96,7 Mio. € auf sonstige soziale Leistungen.

Die Betriebsgrundstücke der **Feierabendheim Simeonhaus GmbH** wurden zum 01.10.2014 an die GWW veräußert. Investitions- und Instandhaltungskosten fallen insofern nicht an, da das Simeonhaus weder Grundstücke noch Aufbauten besitzt. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf das Erbringen von Serviceleistungen. Gemäß Servicevertrag vom 25.01.2018 erbringt die Gesellschaft unterschiedliche Serviceleistungen für die Bewohner und Bewohnerinnen in den Räumlichkeiten des Georg-Feller-Hauses. Im Berichtsjahr beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich nur noch einen Mitarbeitenden. Der Servicevertrag wurde mit Auflösungsvertrag zum 31. Dezember 2019 gekündigt.

Die Zusatzversorgungskasse (KDZ) hatte mit Schreiben vom 13. März 2018 auf Basis bestimmter Veränderungen und der Anzahl der pflichtversicherten Personen, von ihrem Recht der Kündigung Gebrauch gemacht und sich vorbehalten, bei Beendigung der Mitgliedschaft etwaig bestehende Forderungen (Abfindungsansprüche) ggf. gegenüber der LH Wiesbaden aufgrund der abgegebenen Verpflichtungserklärung geltend zu machen. Diesbezüglich wurde in 2018 eine Rückstellung über 3,8 Mio. € gebildet, die in 2019 für die Zahlung eines ersten Teilbetrages i. H. v. 1,9 Mio. € in Anspruch genommen wurde.

Der Geschäftsverlauf der **Altenhilfe GmbH (AHW)** war bestimmt durch gestiegene Umsätze bei reduzierten Aufwendungen. Während die Auslastung des Moritz - Lang Hauses nach wie vor bei 94 % lag, gelang es im Toni-Sender-Haus, die bis dahin rückläufige Auslastung zu stabilisieren und auf 95 % zu erhöhen. Somit konnten die Erträge aus der vollstationären Pflege, der Kurzzeitpflege sowie aus Unterkunft und Verpflegung, verstärkt noch durch die Pflegesatzerhöhung zum 01. Februar 2019, gesteigert werden.

Unter dem Dach der Holding „**EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH**“ (EGW) werden die HSK Pflege GmbH sowie die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Ziel ist, unter strategischer Steuerung der EGW einzelne Aktivitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Gesundheit zu bündeln und zu koordinieren, um die Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt zu profilieren und zu stärken. Im Berichtsjahr befasste sich die EGW insbesondere mit dem Aufbau eines ganzheitlichen integrierten Versorgungssystems im Sinne eines Lotsensystems (digitales Informationsportal) zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten (medAQ / mymedAQ). Darüber hinaus war die EGW erneut als Mitveranstalter der Rhein-Main Impftage - einer Veranstaltung der Universitätsklinik Mainz - tätig und konnte hier Sponsorengelder vereinnahmen.

Die **HSK Pflege GmbH** war auch im Jahr 2019 nicht operativ tätig. Die Ertragslage der HSK Pflege war geprägt durch betriebliche Aufwendungen, denen keine betrieblichen Erträge gegenüberstanden. Mit Beschluss-Nr. 0442 vom 31.10.2019 beschloss die Stadtverordnetenversammlung eine Verschmelzung der HSK Pflege GmbH auf die EGW.

Für den Klinik-Neubau der **HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH (HSK)** fand mit Fertigstellung des Rohbaus das Richtfest am 15.03.2019 statt und die Arbeiten im Innenausbau wurden vorangetrieben. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen. Im Jahr 2021 soll der Neubau bezogen werden.

Gesamtabschluss 2019

Die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH (WJW)** stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung / Umschulung und Beschäftigung bereit. Gemäß Satzungsauftrag handelt es sich um Menschen, die am sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance hatten, weil oft multiple Vermittlungshemmnisse vorlagen, an denen es zu arbeiten gilt. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Im März 2019 fand ein Wechsel in der Geschäftsführung statt. Die Gesellschaft hat mit Herrn Backes einen Geschäftsführer. Seit dem 11.10.2019 steht ihm Frau Zieglgänsberger als Prokuristin zur Seite. Besonderheit im Berichtsjahr war die Umstellung des Geschäftsjahres auf ein kalendergleiches Geschäftsjahr, insofern wurden im Gesamtabschluss 2019 anstatt 12 Monate einmalig 17 Monate berücksichtigt. Während dieses Zeitraumes wurde ein Umbaukonzept zur wirtschaftlichen und konzeptionellen Weiterentwicklung der WJW erarbeitet und beschlossen. Demnach soll der Fokus nicht mehr auf der landwirtschaftlichen Produktion liegen, sondern ist auf die pädagogische Arbeit zu richten und die Umsatzerlöse im Bereich Ausbildung und Umschulung sind zu stabilisieren. Im berichteten Zeitraum konnten trotz steigender Umsatzerlöse die Aufwendungen nicht kompensiert werden. Ursachen waren die unveränderte mangelnde Kapazitätsauslastung sowie mit den Umbaumaßnahmen einhergehende Aufwendungen. Insofern entstand wieder ein deutlicher Jahresfehlbetrag.

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabenwahrnehmung fest und steuert, koordiniert und unterstützt die operative Tätigkeit der Wiesbaden Congress und Marketing GmbH.

Der Geschäftsverlauf der **Wiesbaden Congress und Marketing GmbH (WiCM GmbH)** ist geprägt durch die Verschmelzung der **Rhein-Main-Hallen GmbH** und der **Kurhaus Wiesbaden GmbH** auf die **Wiesbaden Marketing GmbH** mit Wirkung zum 1. Januar 2019. Durch die Verschmelzung wurde die WiCM GmbH Betreiberin von drei Veranstaltungshäusern. Das Rhein-Main CongressCenter (RMCC), das Kurhaus und das Jagdschloss Platte. Das Kurhaus hat aufgrund seiner denkmalgeschützten Bausubstanz ein Herausstellungsmerkmal gegenüber anderen Destinationen. Das RMCC ist mit seiner aktuellen Angebotsstruktur in der Lage, sehr hochwertige Ansprüche von Veranstaltern zu erfüllen.

Zudem obliegt der Gesellschaft die Verantwortung für die nationale sowie internationale Vermarktung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Messe- Kongress- und Tagungsstandort sowie Tourismusziel. Sie organisiert Veranstaltungen im öffentlichen Raum, kreiert zielgruppenorientierte Werbemittel, verantwortet die städtische Internetplattform und betreibt die Tourist Information Wiesbaden. Sie sorgt für die Umsetzung von Stadtmarketingaktivitäten auf lokaler Ebene. Zur zielgerichteten Verfolgung und Umsetzung dieser Aktivitäten forciert die Gesellschaft weiterhin die Zusammenarbeit in Kooperationen in den unterschiedlichsten Segmenten. Die enge Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Wiesbaden e.V. steht hierfür als ein Beispiel.

Im Geschäftsjahr konnte das RheinMain CongressCenter (RMCC) erstmals ganzjährig genutzt werden, was zu einem entsprechenden Anstieg der Umsatzerlöse führte. Daneben konnte durch Einsparmaßnahmen der Aufwand für Energie und Wasser reduziert werden. Aufgrund

Gesamtabschluss 2019

dessen schloss das Geschäftsjahr bei Betrachtung beider Unternehmen (TriWiCon und WiCM GmbH) insgesamt besser als im Vorjahr ab.

Der Eigenbetrieb **mattiaqua** betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness¹², Freizeit¹³ sowie Sport¹⁴. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr war geprägt von einem deutlichen Rückgang der Umsatzerlöse aus Besuchen bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen, was einen höheren Verlust als im Vorjahr zur Folge hatte. Aufgrund des überdurchschnittlich guten Sommers in 2018 war die negative Entwicklung der Einnahmen im Segment Freizeit und im Freibad Kleinfeldchen - welches dem Segment Sport zugeordnet ist - besonders stark ausgeprägt. Dies spiegelt sich im rückläufigen Besucheraufkommen in allen Freibädern, insbesondere aber im Kallebad und in der Maarau wider. In den Einrichtungen Thermalbad Aukammtal und Kaiser-Friedrich-Therme blieb das Besucheraufkommen zwar auf dem Vorjahresniveau, dennoch verringerten sich die Umsatzerlöse leicht. Die Steigerung des Aufwandes fand sich größtenteils im Personalaufwand wieder und war auf allgemeine Tarifierpassungen im öffentlichen Dienst sowie die Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.

¹² Dazu gehören das Thermalbad Aukammtal und die Kaiser-Friedrich-Therme

¹³ Dazu gehören die Freibäder Kallebad, Maarau und Opelbad sowie die Rettbergsauen, Unter den Eichen und die Henkell Kunsteisbahn

¹⁴ Hierzu gehören Frei- und Hallenbad Kleinfeldchen, Hallenbad Mainzer Straße (früher „ESWE Freizeitbad“) und Hallenbad Kostheim

Gesamtabschluss 2019

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

WVV

WVV

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- WVV Wiesbaden Holding GmbH*
- Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH*

Versorgung

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- ESWE Versorgungs AG*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Entsorgung

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer, die Behandlung und Verwertung von Abfällen sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserverband Flörsheim
- MHKW Wiesbaden GmbH*

Verkehr

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*
- CityBahn GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Wohnbau

Wohnbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsnormen. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.

- GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH*

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH*
- GWI Gewerbeimmobilien GmbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns*

Kliniken und Altenpflege

Kliniken und Altenpflege

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH
- HSK Pflege GmbH

Messe & Kongress

Messe & Kongress

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städten und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus

Soziales und Andere

Ausbildung und Beschäftigung

Förderung von Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration / Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung / Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Informationstechnik

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WITCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*

Andere

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Betrieb der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit / Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit

Führung und Betrieb des Stadtmuseums. Bewahrung und Erweiterung der historischen Sammlungen. Auswertung der Museumsbestände und deren geschichtliche Zusammenhänge durch Forschung, Dokumentation und Publikation mit dem Ziel der Allgemeinheit Kenntnisse hierüber zu vermitteln.

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Gesamtabschluss 2019

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2019 entnommen werden.

| Kennzahlen | 31.12.2019 | 31.12.2018 | 31.12.2017 |
|---|-------------------|------------|------------|
| Ver- und Entsorgung, Verkehr | | | |
| Versorgung: | | | |
| Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh) | 958.372 | 988.328 | 960.486 |
| Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh) | 2.107.219 | 2.014.586 | 2.097.701 |
| Netzausspeisung Wasser (Tm ³) | 14.872 | 15.066 | 14.968 |
| Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³) | 56,9 | 57,7 | 57,4 |
| Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh) | 256.640 | 239.852 | 250.537 |
| Länge des Fernwärmenetzes (km) | 114 | 113 | 109 |
| Entsorgung: | | | |
| Abwasserbeseitigung (Tm ³) | 26.621 | 26.759 | 27.962 |
| Straßenreinigung (Berechnungsmeter) | 856.734 | 847.710 | 609.167 |
| Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen) | 174.074 | 293.835 | 326.329 |
| Verkehr: | | | |
| Linienlänge (km) | 646 | 665 | 660 |
| Beförderungsfälle (Tsd.) | 61.156 | 59.390 | 55.640 |
| Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km) | 1.035 | 1.015 | 1.017 |
| Platzausnutzung im Linienverkehr (%) | 29,6 | 29,3 | 27,4 |
| Stadtentwicklung und Wohnungsbau | | | |
| Anzahl Wohnungen | 13.532 | 13.067 | 13.007 |
| Wohnfläche in m ² | 873.821 | 843.157 | 837.520 |
| Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung | | | |
| Auslastung Altenhilfe (%) | 94 | 92 | 92 |
| Auszubildende inkl. Umschüler | 302 ¹⁵ | 329 | 360 |
| Sonstiges | | | |
| Anzahl Besucher Mattiaqua | 1.314.000 | 1.431.000 | 1.247.000 |

Gesamtabschluss 2019

1.1.5 Vermögenslage:

| | 31.12.2019 | | 31.12.2018 | |
|---|------------|-------|------------|-------|
| | Mio. € | % | Mio. € | % |
| Aktivseite | | | | |
| Langfristig | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 32 | | 35 | |
| Sachanlagevermögen | 3.503 | | 3.391 | |
| | 3.535 | 72 | 3.426 | 72 |
| Finanzanlagen, NASPA | 666 | 14 | 665 | 14 |
| Forderungen und sonstige VG | 38 | 1 | 33 | 1 |
| | 4.239 | 87 | 4.124 | 87 |
| Kurzfristig | | | | |
| Vorräte | 89 | 2 | 104 | 2 |
| Forderungen und ARAP | 211 | 4 | 156 | 3 |
| Flüssige Mittel | 354 | 7 | 381 | 8 |
| | 654 | 13 | 641 | 13 |
| | 4.893 | 100 | 4.765 | 100 |
| | ===== | ===== | ===== | ===== |
| Passivseite | | | | |
| Langfristig | | | | |
| Eigenkapital einschl. Sonderposten | 1.993 | 41 | 1.976 | 42 |
| Rückstellungen | 729 | 15 | 679 | 14 |
| Verbindlichkeiten | 1.553 | 31 | 1.492 | 31 |
| | 4.275 | 87 | 4.147 | 87 |
| Kurzfristig | | | | |
| Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP | 618 | 13 | 618 | 13 |
| | 618 | 13 | 618 | 13 |
| | 4.893 | 100 | 4.765 | 100 |
| | ===== | ===== | ===== | ===== |

Gesamtabschluss 2019

Die Bilanzsumme ist mit 4.893 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 128 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 87 % durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2018 erhöht. Netto, das heißt nach Abzug der Abgänge inkl. der Abschreibungen auf Abgänge, wurden im Berichtsjahr 239,8 Mio. € (Vorjahr 213,5 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3,8 % und einer Reinvestitionsquote von 194 %.¹⁶

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 87 % langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird durch langfristiges Kapital finanziert.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten betrug 41 %.

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe trugen einen Anteil von 82 % (Vj. 81 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.942 € und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5.798 €) um 2,5 %.¹⁷

¹⁶ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

¹⁷ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2019

1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses. In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt. In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns. Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung. In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

| in Mio. € | Einzel - abschluss Kernverwaltung | Einzel - abschlüsse Gesellschaften | Summen - abschluss | Gesamt - abschluss |
|---------------------------------|---|--|-----------------------|-----------------------|
| Aktiva | 2.812 | 2.734 | 5.546 | 4.893 |
| Anlagevermögen | 2.383 | 2.396 | 4.779 | 4.200 |
| Umlaufvermögen | 400 | 332 | 732 | 657 |
| Rechnungsab- grenzungsposten | 29 | 6 | 35 | 35 |
| Passiva | 2.812 | 2.734 | 5.546 | 4.893 |
| Eigenkapital | 1.508 | 681 | 2.189 | 1.723 |
| Sonderposten | 211 | 101 | 312 | 269 |
| Rückstellungen | 622 | 295 | 917 | 912 |
| Verbindlichkeiten | 434 | 1.647 | 2.081 | 1.942 |
| Rechnungsab- grenzungsposten | 37 | 10 | 47 | 46 |

Die Tabelle zeigt, dass knapp die Hälfte des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,6 Mrd. € ausgegliedert worden.

Im Vergleich zur Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Kernverwaltung LHW (rd. 2,8 Mrd. €) erhöht sich im Verbund nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen die Bilanzsumme auf rd. 4,9 Mrd. €.

Während sich im Einzelabschluss der Kernverwaltung LHW aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,1 Mrd. € eine Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten) von 61 % ergibt, beträgt die Eigenkapitalquote des Verbundes „nur“ 41 % aufgrund der Gesamtverschuldung von rd. 2,9 Mrd. €.

Gesamtabschluss 2019

1.1.7 Ergebnissituation

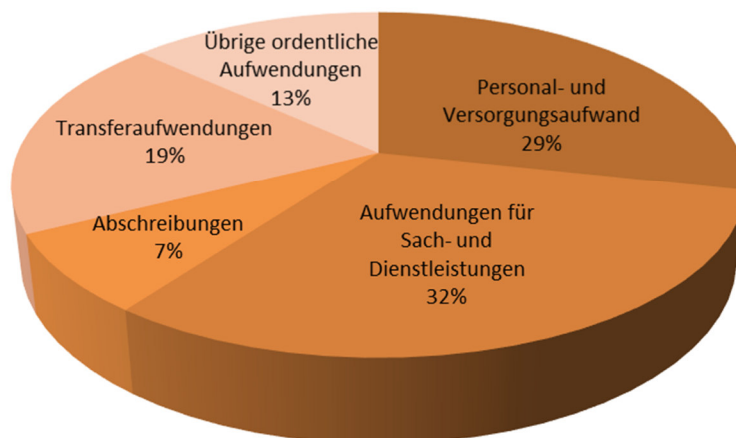
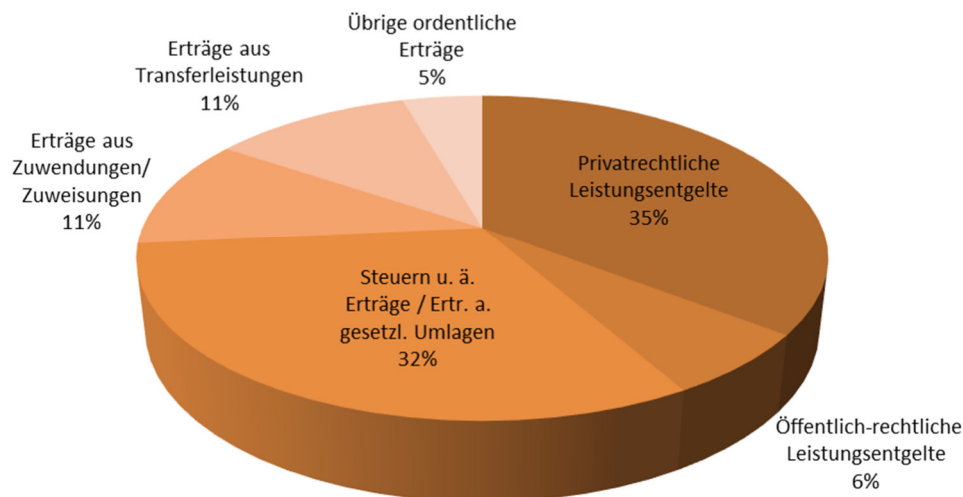
| | 2019 | 2018 | Ver- änderung |
|---|--------------|--------------|------------------|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 738 | 726 | 12 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 132 | 132 | 0 |
| Steuern u. ä. Erträge / Ertr. a. gesetzl. Umlagen | 661 | 611 | 50 |
| Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen | 228 | 232 | -4 |
| Erträge aus Transferleistungen | 232 | 233 | -1 |
| Übrige ordentliche Erträge | 93 | 89 | 4 |
| Ordentliche Erträge | 2.084 | 2.023 | 61 |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 591 | 529 | 62 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 658 | 614 | 44 |
| Abschreibungen | 154 | 139 | 15 |
| Transferaufwendungen | 398 | 398 | 0 |
| Übrige ordentliche Aufwendungen | 275 | 283 | -8 |
| Ordentliche Aufwendungen | 2.076 | 1.963 | 113 |
| Verwaltungsergebnis | 8 | 60 | -52 |
| Finanzergebnis | -15 | -25 | 10 |
| Außerordentliches Ergebnis | 34 | 19 | 15 |
| Jahresfehlbetrag/-überschuss | 27 | 54 | -27 |

Gesamtabschluss 2019

Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 27 Mio. € erzielt werden (Vj. 54 Mio. €). Hierzu hat insbesondere das außerordentliche Ergebnis i. H. v. 34 Mio. € beigetragen. Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (35 %) und Steuern (32 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (32 %) sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen (29 %). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 100 %.¹⁸

Das Finanzergebnis ist mit - 15 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Zins- und Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 2,7 % (Vj. 3,0 %).¹⁹

Im außerordentlichen Ergebnis enthalten sind die Bewertungsgewinne durch die Grundstücks-umlegungen im Baugebiet Bierstadt - Nord sowie die Gewinne aus den Grundstücksverkäufen des Hainwegs.



¹⁸ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2019

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.6 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten, um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

| in Mio. € | Einzel - abschluss Kernverwaltung | Einzel - abschlüsse Gesellschaften | Summen - abschluss | Gesamt - abschluss |
|----------------------------------|---|--|-----------------------|-----------------------|
| Ordentliche Erträge | 1.271 | 1.019 | 2.290 | 2.084 |
| Ordentliche Aufwendungen | 1.339 | 955 | 2.294 | 2.076 |
| Verwaltungsergebnis | -68 | 64 | -4 | 8 |
| Finanzergebnis | 11 | -8 | 3 | -15 |
| Ordentliches Ergebnis | -57 | 56 | -1 | -7 |
| Außerordentliches Ergebnis | 43 | -4 | 39 | 34 |
| Jahresüberschuss/ -fehlbetrag | -14 | 52 | 38 | 27 |

Sowohl die ordentlichen Erträge (1,3 Mrd. €) als auch die ordentlichen Aufwendungen (1,3 Mrd. €) des Einzelabschlusses der Kernverwaltung LHW erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger auf gerundet 2,3 Mrd. €. Damit steuern die Gesellschaften ca. 45 % zu den ordentlichen Erträgen und 42 % zu den ordentlichen Aufwendungen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes (bei der Betrachtung ohne Konsolidierungsmaßnahmen) bei.

Im Vergleich zum Jahresfehlbetrag der Kernverwaltung (-14 Mio. €) erhöht sich im Verbund nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Jahresergebnis auf 27 Mio. € (Vj. 54 Mio. €). Zu den Konsolidierungsmaßnahmen zählt u. a. das Herausrechnen der erhaltenen Ausschüttungen innerhalb des Verbundes.

Gesamtabschluss 2019

1.1.9 Finanzlage

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 |
|---|------------|------------|
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 149 | 289 |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | -180 | -210 |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | 7 | -19 |
| Liquide Mittel am Ende der Periode | 354 | 381 |

Im Berichtsjahr wurde in der Kapitalflussrechnung²⁰ ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 149 Mio. € ermittelt.

Für Investitionen und Desinvestitionen wurden zusammengefasst Auszahlungen in Höhe von 180 Mio. € getätigt, d. h. im Berichtsjahr übertrafen die Investitionen die Desinvestitionen.

Hierfür wurden Kreditmittel - u. a. für den Wohnungsbau - aufgenommen, die höher als die laufenden Tilgungen waren. Neben der Tilgung werden im Finanzierungscashflow auch die Kreditkosten berücksichtigt (wie z. B. Zinszahlungen). Aufgrund dessen beträgt der Cashflow aus Finanzierung nur 7 Mio. €.

Die liquiden Mittel haben sich zum 31.12.2019 verringert auf nunmehr 354 Mio. € (Vj. 381 Mio. €).

²⁰ Die Kapitalflussrechnung wurde in Anlehnung an das Muster des Deutschen Rechnungslegungsstandards 21 erstellt.

Gesamtabschluss 2019

1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035²¹. Die Bevölkerungsprognose geht von einem Anstieg der Einwohnerzahl Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund bis 2035 aus. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen gezwungenermaßen von Leistungseinschränkungen betroffen sind, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften verfolgen ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die Zunahme der Personen, insbesondere der Personen im Rentenalter birgt aber auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, somit besteht das Problem der sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowie steigender Sozialtransfers.

Zu weiteren strategischen Handlungsfeldern zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - Investitionen in Schulen und deren Digitalisierung, die kommunale Offensive für den Klimaschutz, der Ausbau des Nahverkehrs, der Kinderbetreuung und der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Weitere Ziele sind die Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt.

Die Ertragslage der Kernverwaltung der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind. Insofern sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Corona-Pandemie zeigt sich die starke Abhängigkeit der Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen von externen Einflüssen. In Wiesbaden scheint der Branchenmix (etwa mit einem hohen Anteil an Steuerpflichtigen im Bereich Finanz- und Versicherungsleistungen und einem geringen Anteil an Gastgewerbe) die Gewerbesteuerausfälle zwar etwas abzumildern. Dennoch entstehen zusätzliche, nicht geplante Mehrbedarfe, u. a. aufgrund des Verzichtes von Elternbeiträgen zur Kinderbetreuung während des ersten Lockdowns (ca. 8 Mio. €) sowie durch die erforderliche finanzielle Unterstützung diverser kultureller und sozialer Einrichtungen.

Allerdings sind auch Entlastungen zu verzeichnen. Der Bund und das Land Hessen unterstützen die Kommunen im Rahmen des Konjunkturpaketes mit einer Kompensationsleistung für

²¹ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

Gesamtabschluss 2019

den Gewerbesteuerausfall. Wiesbaden erhält für das Jahr 2020 etwa 51 Mio. €. Dies entschärft die finanzielle Situation für Wiesbaden in 2020 erheblich.

Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Kernverwaltung der LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Mit dem neuen, ab dem 01.01.2020 gültigen Bundesteilhabegesetz, kommen aufgrund eines durch den Gesetzgeber beschlossenen Leistungszuwachses und geänderter Zuständigkeiten Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € p.a. auf die Kernverwaltung der LHW zu.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger überwacht. Das Beteiligungscontrolling stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Ziel ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungscontrolling prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz²² (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer²³ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Dieses beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV²⁴, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW PS 700). Die betrauten städtischen Beteiligungen sind beauftragt ihre Wirtschaftsplanung nach DAWI und Nicht-DAWI-Tätigkeiten aufzustellen (Plantrennungsrechnung). Darüber hinaus ist die Trennungsrechnung jährlich von dem jeweils beauftragten Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu prüfen und das Ergebnis den Gremien der Gesellschaft zur Kenntnis zu bringen.

²² Im Folgenden HGrG

²³ Im Folgenden IDW

²⁴ Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Gesamtabschluss 2019

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0115 vom 30.03.2017 wurde festgelegt, dass der Prüfungsauftrag der städtischen Gesellschaften im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen um eine Entsprechenserklärung zu erweitern ist. Diese wurde gemeinsam mit den Beteiligungen erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0301 am 14.09.2017 beschlossen.

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen ein stetig wachsendes Risiko. Im Gesamtabchluss des Verbundes der LHW mit langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen äußert sich das stetig wachsende Risiko darin, dass das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorge durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich ansteigt und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, dauerhaft niedrig ausfällt. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmenden bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage- / Sanierungsbeiträge kompensieren. Zur nachhaltigen Finanzierung der Pensionszahlungen insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Risiken (steigende Lebenserwartung) und der Zinsrisiken überführte die Kernverwaltung LHW liquide Mittel Zug um Zug (insgesamt 50 Mio. €) in einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds. Der Spezialfonds wurde im Jahr 2020 aufgelegt.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Kernverwaltung LHW geeignete Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt.

Für die **Energiewirtschaft** ergeben sich aus der Digitalisierung der Geschäftsprozesse Chancen. Es wurden bereits viele Prozesse automatisiert, die Effizienzvorteile bringen. Darüber hinaus wurden für die ESWE Kunden neue Dienstleistungen auf dem Markt eingeführt. Themen sind Smart Grid, Smart Mobility, Smart Home und Smart Building.

Seit Jahren wird das Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting für Kunden ausgebaut. Für Geschäftskunden entwickelt die ESWE Versorgung neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. Hier sieht die ESWE Versorgung mittelfristig die Chance, die Kernkompetenzen auszubauen.

Chancen werden auch im Bereich E-Mobilität gesehen. So wurde das öffentliche Ladesäulennetz in Wiesbaden mit 20 neuen Ladesäulen verstärkt. Hier übernimmt die ESWE Versorgung die Installation, den Betrieb, die Wartung, Instandhaltung und Abrechnung der Säulen.

Um dem Risiko aus gesetzlichen und regulatorischen Veränderungen zu entsprechen, wurde im Jahr 2018 ein Compliance Management System (CMS) eingeführt, das Regelungen zu Anti-Korruptions-Maßnahmen, zur EU-Datenschutz-Grundverordnung, zum Kartellrecht und zum Geldwäschegesetz enthält. Dieses wurde im Jahr 2019 weiter fortgeführt und entwickelt.

Gesamtabschluss 2019

Im Rahmen der Energiebeschaffung ergeben sich Risiken aus Preisschwankungen sowie aus einem möglichen Kontrahentenausfall. Zudem stellt die ab 2021 einzuführende CO²-Bepreisung²⁵ ein Risiko dar, da die Weitergabe - zumindest bei laufenden langfristigen Verträgen - noch nicht rechtssicher geregelt ist.

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken auf künftige Geschäftsergebnisse durch die Neufestlegung der Eigenkapitalverzinsung für die Dritte Regulierungsperiode.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Jahresergebnis 2020 lassen sich noch nicht konkret abschätzen. Es ist aber bereits eine deutlich reduzierte Nachfrage im Energievertrieb bei Gewerbe- und Industriekunden durch die verordneten Betriebsschließungen feststellbar. Darüber hinaus werden vermutlich einige Kunden von Stundungen, Abschlagsminderungen und Ratenzahlungsvereinbarungen Gebrauch machen. Es ist zu erwarten, dass neben den hiermit verbundenen Liquiditätsverschiebungen auch verstärkt Forderungsausfälle auftreten. Die Geschäftsführung geht aber davon aus, dass die Corona-Pandemie keine dauerhaften Auswirkungen auf das Ergebnis haben wird.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht nach wie vor in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen vermeintlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen diese Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da die Verfügung als sachlich ungerechtfertigt angesehen wird. Eine erste mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Frankfurt am Main hat im November 2018 stattgefunden. Der Richter hat beide Parteien aufgefordert nochmals in Vergleichsverhandlungen zu treten. Diese fanden Anfang 2020 statt, führten aber wiederholt nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis. Die für dieses Risiko in den Vorjahren bei der ESWE Versorgung gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

Die Firma Knettenbrech + Gurdulic errichtet auf einem vormals kommunalen Grundstück nahe der Deponie Dyckerhoffbruch ein privates Müllheizkraftwerk („**MHKW Wiesbaden GmbH**“), um den Wiesbadener Restmüll zu entsorgen und Strom und Fernwärme zu erzeugen. An dieser Gesellschaft ist die ESWE Versorgung mit 24,5 % beteiligt. Dieser Beteiligung wird hohe strategische Bedeutung beigemessen, da hier enorme Chancen gesehen werden, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch sinnvoll auszukoppeln und so den zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnah zu erzeugen.

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten **Windparks** auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, wurde gegen diesen Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu hat das Wiesbadener Verwaltungsgericht im Juli 2020 entschieden, dass der Antrag genehmigt werden muss. Es wird davon ausgegangen, dass das Regierungspräsidium Darmstadt gegen dieses Urteil in Berufung geht. Der Bau der 10 Windräder auf der Hohen Wurzel bleibt also abzuwarten. In diesem Zusammenhang sind auch die Energie- und Klimaschutzziele der Stadt, ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, ungewiss.

²⁵ Gaslieferanten müssen ab 2021 für die verbrennungsbezogenen CO²-Emissionen der von ihnen in den Verkehr gebrachten fossilen Kraft- und Brennstoffe Zertifikate kaufen.

Gesamtabschluss 2019

Unter Berücksichtigung aller Risiken werden insgesamt von der ESWE Versorgung keine starken oder gar bestandsgefährdenden Risiken für die Gesellschaft gesehen.

Im Jahr 2020 plant die ESWE Versorgung aufgrund rückläufiger Absatzmengen ein Ergebnis unter dem Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus finden weitere Investitionen in das Versorgungsnetz bzw. in den Fernwärmeausbau in der Innenstadt und in den Anschluss eines Industriekunden an das Gashochdrucknetz in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages statt.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Der Eigenbetrieb geht für die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020 von einem zunächst leicht positiven und dann leicht negativen Ergebnis aus. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird erwartet, dass die Corona Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf die künftige Ergebnissituation hat.

Risiken für die ESWE **BioEnergie** können sich aus technischen Störungen oder ungeplanten Produktionsausfällen beim Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks mit Auswirkung auf Umsatz und Jahresergebnis ergeben. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung des Kraftwerks reduziert diese Risiken. Darüber hinaus sind die Risiken aus technischen Mängeln und den daraus resultierenden Vermögensschäden, soweit sinnvoll, durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge teilweise abgedeckt. Die Vergütung für den jährlich produzierten und eingespeisten Strom orientiert sich an den Stromgroßhandelspreisen. Daher können sich durch sinkende Stromgroßhandelspreise ungeplante Ergebnisbelastungen ergeben. Umgekehrt besteht bei steigenden Preisen die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu realisieren. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Corona Pandemie keine wesentlichen, dauerhaften Auswirkungen auf das Geschäftsmodell haben wird.

Die Risiken der **ESWE Verkehr** ergeben sich aus dem weiteren Vorantreiben zum Ausbau eines emissionsfreien ÖPNV und der damit verbundenen Projekte, wie Austausch der Dieselbusflotte, Digi-V und 365 € Ticket. So sind mit der Einführung des 365 € Tickets Einnahmerückgänge verbunden und mit dem Austausch der Dieselbusflotte steigende Aufwendungen durch Abschreibungen und Zinsen. Aufgrund dessen ist künftig mit einer deutlich erhöhten Belastung des Jahresergebnisses zu rechnen. Chancen bestehen in der Senkung der Schadstoffbelastung.

Hinzu kommen die Risiken aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, die sich zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht in vollem Umfang beziffern lassen. So ist es u. a. zum Ausfall von Fahrdienstleistungen durch den Ausfall von Mitarbeitenden gekommen. Die Umstellung auf ein reduziertes Fahrplanangebot wird diese Risiken nicht im gleichen Umfang kompensieren können.

Für die Zukunft wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiterverfolgt, um unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können. Für das Jahr 2020 plante die

Gesamtabschluss 2019

Geschäftsführung der ESWE Verkehr, aufgrund der zahlreichen Maßnahmen zum emissionsfreien ÖPNV ein negatives Jahresergebnis im zweistelligen Millionenbereich. Aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie wird damit gerechnet, dass der Verlust noch höher ausfallen wird.

Am 01.11.2020 stimmten die Wiesbadener Bürger/innen zum Thema „Bau einer Citybahn“ ab. Im Ergebnis sprach sich eine deutliche Mehrheit gegen den Bau einer Citybahn aus. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat die WVV den Auftrag erhalten, die Beendigungs- bzw. die Ausstiegsmöglichkeiten aus der Beteiligungsgesellschaft Citybahn GmbH zu prüfen und in die Wege zu leiten. Über das Ergebnis der Prüfung und das gewählte Ausstiegsszenario wird den städtischen Gremien berichtet werden.

Im Rahmen der in 2017 abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung der **WVV** vertritt das Finanzamt die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31.12.2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, so dass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen ergeben würden. Die Geschäftsführung vertritt diese Auffassung nicht und hat deswegen in Abstimmung mit dem steuerlichen Berater gegen die im ersten Quartal 2018 ergangene Veranlagung für die Jahre 2009 bis 2011 am 06.08.2018 Klage beim hessischen Finanzgericht eingereicht und in erster Instanz gewonnen. Gegen das Urteil vom 15.04.2020 hat das Finanzamt am 14.05.2020 Revision eingelegt. Dem Risiko wurde mit der Bildung einer Rückstellung bzw. mit der Erhöhung dieser entsprochen. Darüber hinaus wurden für einzelne Veranlagungsjahre bereits Zahlungen an das Finanzamt geleistet. Zur Vermeidung von Risiken für Nachzahlungszinsen wurden im Berichtsjahr freiwillig Steuern vorausgezahlt.

Zur Minimierung von steuerlichen Risiken wird derzeit ein Tax Compliance Management System erarbeitet.

Unverändert ergeben sich für die **WVV Holding** Chancen aus den **Beteiligungen** und der Bündelung der **immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten**.

Mit den von der **Beteiligungsgesellschaft WVV** gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau (Kom9), ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, welche die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding). Die Ergebnisplanung der Kom9 geht für das Jahr 2020 von einem voraussichtlichen Jahresüberschuss in Höhe von 98,5 Mio. € aus. Hiervon würden auf die Beteiligungsgesellschaft gemäß ihrem Anteilsbesitz 13,4 Mio. € entfallen. In dieser Planung sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigt, da nicht genau bestimmt werden kann, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Ertragslage des Energiesektors hat. Aktuell werden aber keine starken bzw. bestandsgefährdenden Folgen erwartet.

Die Liegenschaften, welche die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Ziel ist nach wie vor, auch für die übrigen Immobilienobjekte der WVV Holding eine Marktreife und damit eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten.

Gesamtabschluss 2019

Für das Objekt **Walhalla** beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Juli 2020 die Suche nach einem kulturellen Betreiber in Form eines europaweiten Vergabeverfahrens. Die Veröffentlichung der Ausschreibung soll Anfang 2021 erfolgen. Mit dem künftigen Betreiber kann das Sanierungs- und Neubaukonzept im Rahmen des wettbewerblichen Dialoges vertieft werden. Eine Vergabeentscheidung soll bis Mitte 2022 getroffen werden. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass das Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren länger andauert und damit Ertragsausfälle einhergehen. Die Geschäftsführung der WV Holding ist aber zuversichtlich, dass das gesamte Objekt mittelfristig einer Nutzung zugeführt werden kann.

Im Zusammenhang mit der „**Citypassage**“ werden, nach dem erfolgreichen Abschluss des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens, gute Chancen für einen Verkaufsabschluss gesehen. Angesichts der Corona-Pandemie verzögern sich die Vertragsverhandlungen mit dem potentiellen Erwerber „Development Partner“ allerdings noch.

Die Zusammenarbeit der **Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften** GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mit beschränkter Haftung, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und WiBau GmbH unter dem Dach der GWI Gewerbeimmobilien GmbH wird beständig weiterentwickelt. Wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

Im Jahr 2020 starteten die Vorarbeiten für das derzeit größte Projekt der **GWW** auf dem Gräselberger Baugebiet „Auf den Eichen“. Hier soll ein Wohngebiet mit 400 Wohneinheiten für mittlere und niedrige Einkommen entstehen. Im Frühjahr 2021 soll die Erschließung des Grundstücks beginnen, so dass im Herbst 2021 der 1. Bauabschnitt (160 Wohnungen, davon 60 gefördert) angefangen werden kann. Die Gesamtinvestition beläuft sich auf einen 3-stelligen Millionenbetrag.

Für das Geschäft der **Wohnungsverwaltung** besteht ein Risiko in der im Jahr 2019 beschlossenen freiwilligen Reduzierung von Mietpreisanpassungen (Mietpreisbremse). Hier führen Einschränkungen im Mietsteigerungspotential zu Mindereinnahmen. Darüber hinaus besteht das Risiko von unvorhergesehenen Kostensteigerungen sowie zeitlicher Verzögerungen hinsichtlich Beginn und Fertigstellung bei Großsanierungen und Neubaumaßnahmen. Chancen ergeben sich v. a. für die GWW und GeWeGe durch die Anhebung der relevanten Quadratmetermieten auf Basis des Mietspiegels und der Reduzierung von Leerständen durch Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände. Des Weiteren ergeben sich Chancen im Rahmen des Vertriebs von Bestandsimmobilien.

Aufgrund der Corona-Pandemie kam es aber auch schon zu merkbaren Einnahmeausfällen im Bereich Gewerbeimmobilien.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern „Städtebauliche Projektentwicklung“, „Bauträgergeschäft“, Immobilienbewirtschaftung“ und „Städtebauförderung / Wohnbauförderung“ weiterhin gute Erträge erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden. Die konstant sehr hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien wird dazu führen, dass die gesetzten Erlösziele aus dem Verkauf von Flächen durch die SEG erreicht werden können. Mit dem Ziel der gewerbli-

Gesamtabschluss 2019

chen Bebauung haben sich die Chancen hinsichtlich der erfolgreichen Entwicklung und Vermarktung des Grundstücks am Osthafen für die SEG verbessert. Bis zur Rechtswirksamkeit des Bebauungsplanes, der eine gewerbliche Nutzung verbindlich festlegt, bestehen allerdings Verlustrisiken.

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten und den schwer abzuschätzenden Kosten ergeben. Preisschwankungen können dazu führen, dass prognostizierte Verkaufserlöse nicht erreicht werden. Angesichts des wachsenden Aufgabenportfolios muss ständig für eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung gesorgt werden. Für 2020 werden seitens der SEG noch die verbleibenden Grundstücke aus den großen Entwicklungsprojekten verkauft. In der Folge wird das Ergebnis wieder sinken.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Für das Geschäftsjahr 2020 wird die WiBau weitere Schulprojekte entwickeln und mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen, deren Fertigstellung zu unterschiedlichen Zeiten bis ins Jahr 2027 geplant ist. Entsprechend erwartet die Gesellschaft eine positive Auslastung. Daneben sollen die erworbenen Kompetenzen im Vergaberecht verstärkt eingebracht werden.

Im **Entsorgungsbereich** bestehen wie in den Vorjahren Risiken wegen des erheblichen Ablagerungsdruckes bei den Deponiemengen. Vor dem Hintergrund der fehlenden Entsorgungsmöglichkeiten kommt es zu einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage nach Deponieraum. Zudem verschärft sich der Ablagerungsdruck auf die Deponie Dyckerhoffbruch erheblich. Das Restverfüllvolumen im derzeit genehmigten Bereich des Deponieabschnitt III (DA III) beträgt Ende 2019 nur noch rund 320.000 m³. Ohne Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch ist somit nach aktuellen Prognosen spätestens Ende 2021 das Verfüllende des DA III erreicht. Die ELW verfolgt deshalb mit Hochdruck die Erweiterungsplanung des Deponieabschnittes III und die Neuplanung des Deponieabschnittes IV.

Trotz erheblicher Anstrengungen und Unterstützung durch das Hessische Umweltministerium konnte das Genehmigungsverfahren zur Osterweiterung der Deponie III noch nicht abgeschlossen werden, da es seitens der Genehmigungsbehörde immer wieder Überarbeitungs- und Ergänzungsbedarf an dem bereits im Jahr 2016 eingereichten Antrag gibt und somit die Prüfung auf Vollständigkeit noch nicht abgeschlossen werden konnte. Die letzte überarbeitete und ergänzte Version dieses Antrages wurde als Revision 2 Ende September 2019 eingereicht. Die Planfeststellungsanträge für die Norderweiterung - Deponieabschnitt III/4 und Neuerrichtung des Deponieabschnittes IV wurden im April und Juni 2019 bei der Behörde eingereicht. Auch zu diesen Verfahren konnte die Vollständigkeit der Antragsunterlagen bis heute nicht bestätigt werden. Durch die zeitlichen Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren und der begrenzten Ablagerungskapazitäten der Deponie III entsteht ein erhebliches Risiko, dem entgegengewirkt wurde, indem Vereinbarungen mit externen Deponien (Büttelborn und Kapiteltal) zur Absteuerung von mineralischen Abfällen getroffen wurden. Dies dient dazu, weiterhin Entsorgungssicherheit für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu gewährleisten. Damit gehen allerdings starke wirtschaftliche Verluste im Bereich Abfallwirtschaft einher, die sich auf das Ergebnis 2020 negativ auswirken.

Gesamtabschluss 2019

Darüber hinaus werden die Möglichkeiten zur deponietechnischen Verwertung von Abfällen der Deponieklasse I (DK I) im Deponieabschnitt II im Rahmen der für die Oberflächenabdichtung erforderlichen Geländeprofilierung in 2020 geprüft. Diese Umsetzung kann jedoch erst erfolgen, wenn die Zustimmung durch die Behörde für die Anfang 2017 eingereichte Ausführungsplanung erteilt wird.

Der Rückgang der erfassten Deponiegasmengen betrug im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr ca. 9 % und bewegte sich somit in der erwarteten Größenordnung, ebenso die eingespeiste Strommenge aus der Deponiegasverwertung. Die wirtschaftliche Deponiegasnutzung wird noch etwa 10 Jahre möglich sein. Durch die Beschaffung eines kleinen Blockheizkraftwerkes (BHKW) mit ca. 220 kW elektrischer Leistung in 2019, welches Anfang 2020 in den Probebetrieb ging, kann der Betrieb der BHKW optimiert und leistungsgestaffelt erfolgen.

Ein weiteres Risiko besteht aufgrund der Importbeschränkungen der Volksrepublik China für Altpapier ab 01.01.2018 sowie der begrenzten Verwertungskapazitäten in Europa. Dies führte im Jahr 2019 zu einem deutlichen Preiseinbruch auf dem Markt für Altpapier.

Finanzielle Risiken bestehen auch hinsichtlich der Aufwendungen für den Winterdienst bei einer extremen Wintersaison. Diesem Risiko wurde seitens der ELW begegnet, indem der Winterdienst neu geplant und strukturiert sowie auf die östlichen Vororte ausgeweitet wurde. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird.

Für das HKW soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Es werden auch Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet. Aktuell erfolgt die Auswertung des Rücklaufes von den Trägern der öffentlichen Belange. Ziel ist es, das B-Plan-Verfahren Ende 2020 / Anfang 2021 abzuschließen.

Auf dem Hauptklärwerk soll eine Pilotanlage errichtet und betrieben werden, die durch den Einsatz von Pulveraktivkohle und Membranen neben der Elimination von Spurenstoffen (Medikamentenreste u. a.), multiresistente Keime sowie Mikroplastik beseitigt. Die Pilotanlage hat das Ziel, essentielle Erkenntnisse zu den spezifischen Bemessungsansätzen für das Wiesbadener Abwasser zu gewinnen. Bei einer zukünftigen gesetzlichen Forderung, Spurenstoffe, multiresistente Keime und Mikroplastik aus dem Abwasser zu entfernen, wäre eine solche Technik eventuell wirtschaftlicher als ein stufenweiser Ausbau zunächst mit einer vierten Reinigungsstufe und im Anschluss mit einer fünften Reinigungsstufe. Eine Projektgruppe bestehend aus den Projektpartnern Technische Universität Darmstadt, Hochschule Darmstadt und Micodyn Nadir erstellt eine Versuchsanlage. Chancen ergeben sich, wenn sich nach Abschluss der Versuche zeigt, dass eine großtechnische Umsetzung möglich ist. In diesem Fall könnte dies eine zukunftsweisende Technologie darstellen. Belastbare Ergebnisse sind vor 2021 allerdings nicht zu erwarten.

Die ELW erwartet unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken ein positives Jahresergebnis in 2020. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist das Erreichen aber noch unsicher, da der Umfang der Auswirkungen der Corona-Pandemie derzeit noch nicht abzuschätzen ist.

Gesamtabschluss 2019

So wird eine rückläufige Auftragslage im Containerdienst erwartet. Daneben mussten die Aufwendungen für Schutzausrüstung, Schutzmaßnahmen und Desinfektionsmittel erhöht werden. Zudem sind die Personalaufwendungen gestiegen. Ursache ist ein erhöhter Krankenstand, der Einsatz von Mitarbeitern im Schichtdienst sowie die teilweise Freistellung von Mitarbeitern. Darüber hinaus wird befürchtet, dass die Recyclingkapazitäten knapp werden und somit das Stoffstromgeschäft insgesamt teurer wird. Diese negativen Auswirkungen schmälern die Ergebniserwartung der ELW.

Die Analyse des Risikopotenzials der **MBA Wiesbaden** lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Für das Jahr 2020 wird ebenfalls mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet. Aus der Corona-Pandemie werden aufgrund der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft keine Auswirkungen auf das Ergebnis erwartet.

Aufgrund des demographischen Wandels steht die **Altenhilfe Wiesbaden (AHW)** vor großen Herausforderungen. Zum einen wird gemäß aktuellen Studien die Anzahl der älteren Menschen zunehmen, insbesondere der Hochbetagten (über 80-jährige). Damit einhergehend steigt auch das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit. Zum anderen wird der bestehende Fachkräftemangel im Bereich Pflege noch eklatanter. Der Gesetzgeber hat mit neuen bzw. geänderten Gesetzen (Pflegestärkungsgesetz (PSG I und II), Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG), Pflegeberufegesetz (PflBG)) bereits erste Reformen eingeleitet. Die AHW bildet bereits verstärkt aus, qualifiziert die eigenen Nachwuchskräfte und begegnet so dem Fachkräftemangel. Weitere wichtige Ansätze für ein erfolgreiches Management sind eine gute Führungskultur und damit zufriedene Mitarbeitende.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0487 vom 12.12.2019 entschieden, einen Ersatzneubau für das Moritz-Lang-Haus mit 90 vollstationären und 14 Kurzzeit-Pflegeplätzen zu errichten. Die Entwurfsplanung sieht je 2 Wohngruppen mit zusammen 26 Pflegeplätzen auf 4 Etagen vor. Jede Wohngruppe erhält einen gemeinschaftlichen Wohnbereich mit Küche und Balkon, Funktions-, Lager- und Personalräumen. Alle Wohnräume werden als Einzelzimmer mit 14 m² Wohnfläche und barrierefreiem Bad ausgestattet. Die Baugenehmigungsplanung wurde eingereicht. Die Fertigstellung ist Anfang 2023 geplant. Parallel dazu werden bereits seit 2014 Renovierungstätigkeiten am Toni-Sender-Haus vorgenommen. Es stellte sich aber heraus, dass Renovierungstätigkeiten allein nicht ausreichen, um die Zukunftsfähigkeit des Standorts zu sichern. Insofern hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie mit StVV-Beschluss Nr. 0123 vom 28. August 2019 den Magistrat gebeten zu prüfen, inwieweit am Standort Biebrich unter Beachtung der Seveso-Richtlinie ein Neubau möglich ist. Sollte dies nicht möglich sein, ist zu untersuchen, in welchem Ausmaß Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Zur weiteren Klärung stehen Gespräche mit der Bauaufsicht an.

Die Corona-Pandemie stellt für Pflegeheime eine besondere Herausforderung dar, da insbesondere ältere Menschen gefährdet sind. Das Robert-Koch-Institut hat mit Datum vom 10.03.2020 Hinweise zur Prävention und zum Management von Erkrankungen in Alten- und Pflegeheimen herausgegeben. Diese werden seither laufend aktualisiert. Aufgrund des vom Gesetzgeber aufgestellten Schutzschirms gemäß den Feststellungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 150 Abs. 2 und 3 SGB XI wird davon ausgegangen, dass die Corona-Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung haben wird. Für das Geschäftsjahr 2020 plant die Geschäftsführung ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Gesamtabschluss 2019

Die Feierabendheim **Simeonhaus GmbH** wird gemäß Stadtverordnetenbeschluss 0182 vom 02.07.2020 rückwirkend zum 01.01.2020 auf die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden verschmolzen. Das über die Stammeinlage hinaus eingebrachte Vermögen soll die EGW gemeinnützigen Zwecken zukommen lassen.

Gemäß Stadtverordnetenbeschluss Nr. 0442 vom 31.10.2019 sind mit Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der **HSK Pflege GmbH** die Voraussetzungen der Verschmelzung auf die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden erfüllt. Somit wurde die HSK Pflege zum 01.01.2020 auf die EGW verschmolzen.

Die **EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH** beschäftigt sich unter anderem mit der Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie mit der Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Die EGW wird sich der Verstärkung des Kliniknetzwerkes widmen und dabei einen besonderen Fokus auf das Thema „medizinische Fachkräfte“ legen (Job Ticket, Kinderbetreuung, Wohnen). Chancen ergeben sich aus dem Aufbau eines ganzheitlichen integrierten Versorgungssystems im Sinne eines Lotsensystems zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten (medAQ). Damit verfolgt die EGW die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0100 vom 15. März 2018, eine moderne digitale Lösung für den Gesundheitsstandort Wiesbaden zu schaffen, die sowohl eine schnellere und bessere Behandlung der Patienten gewährleistet als auch unnötige Kosten reduziert. Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2020 einen Jahresfehlbetrag.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH (WJW gGmbH)** bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und einer möglichen Verringerung der Inanspruchnahme der Leistungen durch die Zielgruppen. Darüber hinaus können konjunkturelle und arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht im Einflussbereich der WJW gGmbH liegen, Risiken darstellen. Die Gesellschaft muss sich diesen Herausforderungen stellen, indem sie ihre Kapazität dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend anpasst. So wurden in 2019 und 2020 die Umbaukonzepte I und II erstellt, um die dauernde Leistungsfähigkeit der WJW sicherzustellen. Neben der pädagogischen Arbeit (Umbaukonzept I) geht es um die strategische Unternehmenspositionierung. Hier vor allem um das Profil des Standortes Domäne Mechtildshausen, die Ausrichtung der Gastronomie, das Vermarktungskonzept der Erzeugnisse aus eigener Produktion, die Positionierung der WJW gGmbH als Bio-Land-Betrieb (Umbaukonzept II) und auch um die Tierhaltung und die Produktion / Veredelung von Lebensmitteln.

Weitere Risiken bestehen, sofern jugendliche Teilnehmende Maßnahmen vorzeitig abbrechen. Mit den Maßnahmen aus dem Umbauprogramm 2019 soll die Abbrecherquote reduziert werden.

Die Beschäftigten der Wiesbadener Jugendwerkstatt sollen künftig nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes (TVÖD) bezahlt werden. Die Umsetzung erfolgt über sukzessive Lohnsteigerungen. Dies wird höhere Personalkosten zur Folge haben.

Der Pachtvertrag (Standort Idstein) wurde im September 2019 um weitere 3 Jahre verlängert. Es ist beabsichtigt, den Standort Hofgut Gassenbach mittelfristig nicht weiter zu betreiben.

Gesamtabschluss 2019

Für den Geschäftsverlauf 2020 geht die Geschäftsführung davon aus, dass mit einer besseren aber dennoch defizitären Ergebnissituation zu rechnen ist, wenn das Umbaukonzept konsequent umgesetzt wird. Ob und wann die WJW gGmbH in den Folgejahren ein ausgeglichenes Jahresergebnis erreichen kann, hängt auch von der Frage ab, wie konsequent der Aufsichtsrat ergebnisverbessernde Veränderungen im Unternehmen zulässt. Daneben sind die genauen Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ auf die Gesellschaft noch nicht absehbar. Auf Grund dieser Krise mussten etwa die gastronomischen Einrichtungen im März 2020 vorübergehend geschlossen werden. Corona-bedingt haben im Jahr 2020 weniger Auszubildende bei der WJW gGmbH eine Lehre begonnen. Dies wird für die nächsten 3 Jahre (durchschnittliche Dauer einer Ausbildung) die Ertragssituation belasten. Die Entwicklung in der Gastronomie wird in der kühleren Jahreszeit 2020/2021 vom weiteren Verlauf des Infektionsgeschehens abhängen.

Anfang 2020 wurde ein neuer Pachtvertrag mit dem Land Hessen für die Flächen der Domäne Mechtildshausen bis zum 30.06.2023 geschlossen. Der Erbbauvertrag wird aktuell noch verhandelt.

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet die Dachgesellschaft der **Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WiCM)**. Gegenstand der Gesellschaften ist die Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet des Messe-, Kongress- und Veranstaltungswesens sowie des Tourismus und Stadtmarketings.

Mit der Verschmelzung der Gesellschaften Wiesbaden Marketing GmbH, Rhein-Main-Hallen GmbH und Kurhaus Wiesbaden GmbH in 2019 zur **Wiesbaden Congress & Marketing GmbH** bietet sich die Chance, Synergieeffekte zu erzielen.

Um einem beihilferechtlichen Risiko zu begegnen, werden derzeit die Betrauungsakte auf die aktuellen Bedingungen angepasst.

Das in 2018 eröffnete RheinMain-CongressCenter (RMCC) stellt einen konkurrenzfähigen Messebau modernster Ausstattung und Bauweise dar. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Kaufkraft durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits ist der Neubau des RMCC jedoch mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden. So betragen die jährlichen Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) etwa 8 Mio. €. Es besteht ein Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung der Hallen. Diesem Risiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivität begegnet. Jedoch erscheint wegen der Corona-Pandemie aktuell eine Vermarktung der Räumlichkeiten kaum möglich zu sein.

Aufgrund der Corona-Pandemie wird es zu massiven Umsatzeinbußen sowohl bei der TriWiCon als auch bei der WiCM kommen. Hier zu nennen sind Einnahmerückgänge bei den Kurbeiträgen aufgrund der Schließung von Hotels und anderer touristischer Infrastruktur. Des Weiteren mussten aufgrund der Verordnung der Hessischen Landesregierung vom 17.03.2020 alle drei Veranstaltungshäuser (RMCC, Kurhaus und Jagdschloss Platte) zeitweise geschlossen werden. Resultierend aus dieser Schließung werden im Bereich Veranstaltungen Umsatzrückgänge erwartet. Ebenso im Bereich der Märkte und ähnlichen Veranstaltungen. So konnten u. a. Outdoor-Veranstaltungen wie z. B. Flohmärkte, der Ostermarkt, das Frühlingsfest oder das Theatrium nicht stattfinden. Im Bereich Tourist Information brechen insbesondere Einnahmen aus dem Kartenverkauf weg, da kulturelle Veranstaltungen nicht oder

Gesamtabschluss 2019

nur in sehr geringem Umfang stattfanden. Trotz der Einleitung von Maßnahmen werden die Verluste in 2020 höher als geplant liegen.

Um den zusätzlichen Verlust aufgrund der Corona-Pandemie so weit wie möglich zu begrenzen, hat die Betriebsleitung u. a. folgende Maßnahmen für TriWiCon und WiCM ergriffen:

- Prüfung möglicher staatlicher Finanzhilfen
- Erarbeitung neuer Veranstaltungskonzepte auch für den Outdoor-Bereich
- Abbau von Überstunden und Urlaub
- Verschiebung von Stellenbesetzungen
- Einführung von Kurzarbeit, Reduzierung von Dienstleistungskosten durch Einsatz von eigenem Personal
- Verzicht der Geschäftsführung auf Tantiemen (Auswirkung in 2021)
- Anpassung und Intensivierung der Vertriebsaktivitäten nach jeweils geltenden Rahmenbedingungen
- Entwicklung von Alternativkonzepten für die Rheingauer Weinwoche und Sternschnuppenmarkt

Laut der Betriebsleitung haben sich die eingeleiteten Maßnahmen, z. B. die Kurzarbeit gemäß Tarifvertrag „Covid“, bereits bewährt.

Daneben sind WiCM und TriWiCon gemäß StVV-Beschluss 0286 vom 17.09.2020 zur Monatsberichterstattung aufgefordert. Hier werden durch das Beteiligungscontrolling eine engere Überwachung und regelmäßige Rücksprachen mit der Geschäftsführung zur Feststellung von Gegensteuerungsmaßnahmen durchgeführt.

Auf Grund der Corona-Pandemie erwartet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2020 einen unter den Planwerten liegenden Umsatz, der die Aufwendungen nicht vollständig deckt. Der Jahresverlust wird noch höher ausfallen als geplant. Da bis zum heutigen Tag noch nicht ersichtlich ist, wann die Einschränkungen aufgehoben werden, ist eine fundierte Prognose allerdings nicht möglich.

Aus der Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt und der in diesem Zusammenhang stattfindenden attraktivitätssteigernden Maßnahmen können sich für den Eigenbetrieb **mattiaqua** Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport, sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness ergeben. Die im Rahmen der Neuausrichtung des Marketingauftritts entworfenen Maßnahmen im Bereich Social Media werden nach Ansicht der Betriebsleitung eine positive Wirkung auf Besuchszahlen und Umsatzerlöse aus Besuchen entfachen. Auch im Rahmen der Umstellung auf ein neues einheitliches Kassensystem (Verbundsystem) sieht die Betriebsleitung Chancen auf steigende Besucher- und Umsatzzahlen. Damit verbundene vereinfachte Kauf- und Einlassprozesse, der Einsatz moderner Kommunikationsmittel (Smartphone) für den Einlass und ein ausgereifter Webshop weisen ein deutliches Potential zur Attraktivitätssteigerung der Erlebniswelt Schwimmbad auf. Risiken bestehen, aufgrund der starken Abhängigkeit von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit der Einrichtungen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Wellness, da hier ein Großteil der Umsätze erwirtschaftet wird. Technische oder bauliche Ausfälle in einer dieser Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die

Gesamtabschluss 2019

Ertragslage des Eigenbetriebs haben. Alle Wiesbadener Bäder sind stark renovierungsbedürftig. Insgesamt liegt der geschätzte Investitions- und Instandhaltungsbedarf in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Insbesondere im Hallenbad Mainzer Straße ist ein erheblicher Instandhaltungsstau entstanden. In dieser Einrichtung werden rund 8 % der Umsatzerlöse aus Besuchen erwirtschaftet; damit ist das Hallenbad Mainzer Straße einer der stärksten Umsatztreiber außerhalb des Segments Gesundheit und Wellness. Durch den Instandhaltungsstau besteht in dieser Einrichtung ein erhöhtes Risiko von technischen oder baulichen Ausfällen, wodurch es zu deutlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage durch Einschränkungen und / oder Teil- oder Vollschießungen kommen kann. Dies gilt grundsätzlich für alle Einrichtungen, in denen Instandhaltungsstau besteht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.12.2017 (mit Beschluss Nr. 0533 zur SV 17-V-86-0004) dem Ersatzneubau des Freizeitbades Mainzer Straße sowie der Eis-sportfläche mit Saunaanlage mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von über 63 Mio. € zugestimmt. Nach aktuellem Kenntnisstand werden die Kosten für den sogenannten Sportpark „Rheinhöhe“ höher ausfallen als ursprünglich veranschlagt. Demnach werden die Kosten sich auf ca. 100 Mio. € belaufen und liegen damit 40 Mio. € über dem geplanten Investitionsvolumen. Die künftig laufenden Kosten werden die Erlöse voraussichtlich übersteigen. Das Beteiligungscontrolling überwacht das geplante Projekt und versucht, Einfluss auf eine wirtschaftliche Ausgestaltung zu nehmen.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen wie Hochwasser und Sturm, aber auch vermehrtem Schädlingsbefall ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt. Hiermit gehen Haftungsrisiken einher.

Aufgrund der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verhängten Verordnungen zur Viruseindämmung und der damit einhergehenden zeitweise kompletten Schließung öffentlicher Einrichtungen und den auch weiter geltenden Einschränkungen, erwartet die Betriebsleitung für 2020 im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2019 deutlich rückläufige Umsätze aus Besuchen. Die Einrichtungen Kaiser-Friedrich-Therme sowie der Saunabereich des Thermalbads Aukammtal sind zeitweise außer Betrieb genommen. Die Sporthallenbäder Kleinfeldchen, Hallenbad Kostheim sowie das Freizeitbad Mainzer Straße standen zeitweise ausschließlich dem Vereinssport zur Verfügung. Daneben ist davon auszugehen, dass aufgrund des zu behebenden Instandhaltungsstaus und zu erwartenden Entgelterhöhungen die Kosten der Leistungserbringung wieder deutlich ansteigen werden. Die Betriebsleitung erwartet einen deutlich höheren Jahresfehlbetrag als geplant.

Eine wesentliche Chance für den wirtschaftlichen Erfolg von **WITCOM** bietet das eigene gut ausgebaute Glasfasernetz, der Einsatz neuester Technologien sowie hohe Fachkompetenz und Servicequalität. Geschäftskunden streben weiterhin eine längerfristige, professionelle und qualitativ hochwertige Zusammenarbeit an. Zusätzliche Potentiale und Erweiterung der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten

Gesamtabschluss 2019

Partnern. Der Netzausbau wird projektorientiert durchgeführt. Damit einhergehend bietet sich die Möglichkeit, neue Projekte in allen Bereichen der Datenkommunikation und Digitalisierung umzusetzen. Verschiedene Marktstudien belegen den steigenden Bedarf in allen Bereichen der Datenkommunikation und im Rahmen der Digitalisierung. Die alternativen Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen sind hierbei wichtige Faktoren für einen flächendeckenden Glasfaserausbau. WiTCOM wird deshalb als professionelles, infrastrukturbasierendes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Risiken ergeben sich durch den zunehmenden Preisverfall im Markt für „Standardprodukte“, wie DSL-Anbindungen, Sprachanschlüsse oder Flatrate-Angebote. Der Ausbau der DSL-Vectoring Technologie durch die Deutsche Telekom für den Massenmarkt kann gebietsweise Potentiale im unteren Mittelstandskundensegment bedrohen. Weiterhin wird der Glasfaserausbau, neben der Deutschen Telekom, auch durch alternative Netzanbieter in der Region und Gewerbegebieten vorangetrieben. Daher ist bei Anbindungsthemen ebenfalls mit stärkerem Wettbewerb zu rechnen. Der Preiskampf im Markt wird weiter zunehmen und mit Marktconsolidierungen ist weiter zu rechnen. Bestandsgefährdende Risiken sind nach derzeitiger Einschätzung der gesetzlichen Vertreter aber nicht erkennbar. Die Gesellschaft geht für das Geschäftsjahr 2020 von einem Jahresüberschuss aus. Die Corona-Pandemie wird keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis haben.

Sowohl Chancen als auch Risiken ergeben sich durch den Rückkauf der Anteile i. H .v. 50,1 % an der **WIVERTIS GmbH** von der Atos SE. Der Eigentumsübergang wurde zum 01.01.2021 vollzogen. Der Kaufpreis beträgt rd. 1,1 Mio. €. Damit ist WIVERTIS künftig eine 100 prozentige Tochter der LHW.

Der **Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden** wird regelmäßigen Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Insgesamt gesehen ist der Verbund gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich noch als stabil dar. Die Eigenkapitalquote beträgt nach wie vor 41 % und bildet eine solide Basis, um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die Rücklagen aus Überschüssen konnten in den letzten Jahren aufgrund der positiven Ertragssituation stetig aufgebaut werden und belaufen sich nunmehr auf 261,5 Mio. €.

Die Finanz- und Ergebnissituation ist allerdings stark abhängig von den Gewerbesteuererträgen der Kernverwaltung der LHW und den Leistungsentgelten, welche die verbundenen Gesellschaften und Eigenbetriebe erzielen. Daneben haben auch politischen Entscheidungen und Zielsetzungen einen maßgeblichen Einfluss auf die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Gesamtverbundes.

Hierzu gehört zum Beispiel die Vorgabe einer umwelt- und klimagerechten Stadtentwicklung, die neben der Erfüllung der gesetzlichen Kernaufgaben, der Daseinsvorsorge der Bevölkerung, vom Gesamtverbund zu gewährleisten ist. Darüber hinaus sind die sozialen und kulturellen Aspekte nach wie vor nicht außer Acht zu lassen.

Bereits getroffene bzw. realisierte Entscheidungen, wie etwa

Gesamtabschluss 2019

- der Bau des RMCC,
- der Neubau eines Schwimmbades,
- der Bau von Wohnungen mit der Vorgabe einer Mindestanzahl an Sozialwohnungen,
- der Ausbau des emissionsfreien öffentlichen Nahverkehrs,
- die Digitalisierung des Verkehrs (DIGI-V),
- die Anschaffung von Elektrobussen

müssen finanziert werden. Die Verwirklichung weiterer Investitionen steht noch in der Diskussion. Dazu zählt zum Beispiel der neue Stadtteil Ostfeld mit der dazugehörigen Infrastruktur (Kita, Schule, Straßen, Kanalisation, Energieversorgung). Hierbei steht der Gesamtverbund vor enormen Herausforderungen.

Ein noch nicht in vollem Maße absehbares Risiko birgt die Corona-Pandemie. Hier werden signifikante Auswirkungen auf die weltweite konjunkturelle Entwicklung erwartet.

Die negativen Folgen spiegeln sich im Verbund in fehlenden Erträgen als auch in höheren Aufwendungen wieder. Sie führen damit zu einer nicht kalkulierbaren Ergebnisbelastung des Gesamtverbundes, da nahezu alle verbundenen Gesellschaften und die Kernverwaltung die Auswirkungen der Corona-Pandemie spüren. So führt nicht nur die Erkrankung und Quarantäne vieler Menschen zu einer geringeren Personaldecke, sondern vielmehr auch die weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus. Die Einstellung des öffentlichen Lebens so z. B. die vorübergehende Schließung der Schwimmbäder, Einstellung von gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, die Schließung der Schulen und Kindergärten, führt zu deutlichen Einbußen bei der Kernverwaltung LHW und den Gesellschaften. Es werden zusätzliche Zuschüsse erforderlich. Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen wird sich auch auf die Gewerbesteuer auswirken. Inwieweit dies durch staatliche Hilfen in vollem Umfang auch in den Folgejahren abgedeckt wird, bleibt abzuwarten. In diesem Zusammenhang in besonderem Maße betroffen sind die ohnehin defizitären Gesellschaften TriWiCon und WiCM (Ausfall von diversen Veranstaltungen), mattiaqua (zeitweise Schließung der Schwimmbäder bzw. Beschränkung der Schwimmbadbesucher) und ESWE Verkehr (verminderte Fahrgastzahlen). Die monetären Folgen auf die Ertragslage des Gesamtverbundes sind zurzeit noch nicht belastbar zu bestimmen, da Dauer und Ausmaß aufgrund der dynamischen Entwicklung noch nicht absehbar sind.

Nach wie vor stehen in allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechterhalten zu können.

Für den Verbund wird zwar mit einem deutlich geringeren aber dennoch positiven Gesamtergebnis für das Jahr 2020 gerechnet. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist für die Zukunft gewährleistet.

1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld / Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 17.09.2020 der Satzungsbe-

Gesamtabschluss 2019

schluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ für den Bereich Ostfeld gefasst. Damit wird der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Der Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen.

Am 14.02.2020 wurden in der Kernverwaltung LHW Erstattungen im Bereich SGB XII (GSIG) in Höhe von 11,4 Mio. € gebucht und dem Geschäftsjahr 2020 zugeordnet. Der Betrag wäre als Erstattung für das 4. Quartal 2019 dem Jahr 2019 zuzurechnen gewesen, fiel jedoch aufgrund des Buchungsschlusses für große Beträge (Mitte Januar) aus dem Raster. Um solche Vorgänge in Zukunft ausschließen zu können, wird in der Jahresabschlussverfügung ein Passus aufgenommen, dass sich die Fachbereiche bei Beträgen > 1 Mio. € bezüglich der Periodenzuordnung mit dem Kassen- und Steueramt in Verbindung setzen müssen. Mittels Auswertungen wird das IKS 21 weitere Prüfschritte zum Jahresabschluss einbauen.

Am 01.11.2020 haben sich die Wiesbadener Bürger gegen den Bau der CityBahn entschieden. Dadurch müssen alle weiteren Planungen umgehend gestoppt und das Projekt beendet werden. Die bei der ESWE Verkehr bereits aktivierten Projektplanungskosten sowie alle Folgekosten sind abzuschreiben und erhöhen somit als Aufwand den Verlust der ESWE Verkehr im Jahr 2020, der ohnehin durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie höher ausfällt als geplant.

Die Greensill Capital Finanzgruppe hat einen Antrag auf Insolvenz gestellt. Die Bremer Greensill - Bank als Tochterunternehmen ist davon direkt betroffen und in eine finanzielle Schieflage geraten. Sowohl die Kernverwaltung als auch der Eigenbetrieb TriWiCon haben Termingeldanlagen in einer Höhe von insgesamt 20 Mio. € bei der Bremer Greensill - Bank getätigt. Die Rückzahlung der Termingelder steht noch aus. Ob und in welcher Höhe ein finanzieller Schaden für den Gesamtverbund entsteht ist derzeit noch nicht abzusehen.

Am 24.11.2020 stellte die AWO einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverantwortung wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. In diesem Zusammenhang müssen Forderungen neu bewertet werden und Vertragsgestaltungen überprüft werden. Aktuell ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mehrere Verantwortliche der AWO. Inwiefern sich hier Auswirkungen auf den Gesamtabschluss ergeben, kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

Gesamtabschluss 2019

2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung²⁶

| AKTIVA Position | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung | |
|---|-------------------------|-------------------------|--------------|--------------|
| | € | € | Mio.€ | % |
| 1 ANLAGEVERMÖGEN | | | | |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | |
| 1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte | 5.498.077,56 | 6.405.727,39 | -0,9 | -14,2 |
| 1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 25.501.997,00 | 27.930.615,00 | -2,4 | -8,7 |
| 1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 569.465,51 | 280.973,00 | 0,3 | 102,7 |
| | 31.569.540,07 | 34.617.315,39 | -3,0 | -8,8 |
| 1.2 Sachanlagevermögen | | | | |
| 1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken | 2.302.282.699,16 | 2.279.044.198,97 | 23,2 | 1,0 |
| 1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 825.678.812,79 | 815.327.216,26 | 10,4 | 1,3 |
| 1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung | 71.596.162,74 | 72.360.225,96 | -0,8 | -1,1 |
| 1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 106.332.046,94 | 94.166.239,43 | 12,2 | 12,9 |
| 1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 197.026.495,12 | 130.620.830,41 | 66,4 | 50,8 |
| | 3.502.916.216,75 | 3.391.518.711,03 | 111,4 | 3,3 |
| 1.3 Finanzanlagevermögen | | | | |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.478.214,20 | 2.931.156,01 | -1,5 | -49,6 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 312.185.914,47 | 308.608.714,57 | 3,6 | 1,2 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 28.849.883,15 | 29.115.162,45 | -0,3 | -0,9 |
| 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens | 50.799.790,37 | 50.799.790,37 | 0,0 | 0,0 |
| 1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) | 98.880.702,71 | 100.206.479,52 | -1,3 | -1,3 |
| | 492.194.504,90 | 491.661.302,92 | 0,5 | 0,1 |
| 1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen | 173.640.000,00 | 173.640.000,00 | 0,0 | 0,0 |
| | 4.200.320.261,72 | 4.091.437.329,34 | 108,9 | 2,7 |
| 2 UMLAUFVERMÖGEN | | | | |
| 2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 7.676.670,87 | 7.570.985,25 | 0,1 | 1,4 |
| 2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren | 81.654.699,84 | 96.800.306,12 | -15,1 | -15,6 |
| 2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| 2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen | 39.984.557,05 | 49.561.888,60 | -9,6 | -19,3 |
| 2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen | 31.656.112,08 | 30.133.937,35 | 1,5 | 5,1 |
| 2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 86.668.202,39 | 40.617.651,50 | 46,1 | 113,4 |
| 2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 1.345.327,82 | 661.846,42 | 0,7 | 103,3 |
| 2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände | 54.302.316,45 | 33.339.137,72 | 21,0 | 62,9 |
| | 213.956.515,79 | 154.314.461,59 | 59,6 | 38,6 |
| 2.5 Flüssige Mittel | 353.676.821,53 | 380.800.261,75 | -27,1 | -7,1 |
| | 656.964.708,03 | 639.486.014,71 | 17,5 | 2,7 |
| 3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | 35.237.277,03 | 34.167.241,29 | 1,0 | 3,1 |
| Summe Aktiva | 4.892.522.246,78 | 4.765.090.585,34 | 127,4 | 2,7 |

²⁶ Auf den Ausweis von Bilanzpositionen mit Nullsalden wird verzichtet.

Gesamtabschluss 2019

| PASSIVA Position | 31.12.2019 € | 31.12.2018 € | Veränderung Mio.€ % | |
|--|-------------------------|-------------------------|------------------------|------------|
| 1 EIGENKAPITAL | | | | |
| 1.1 Netto-Position | 1.259.089.688,26 | 1.259.089.688,26 | 0,0 | 0,0 |
| 1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital | | | | |
| 1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses | 261.530.469,02 | 240.621.538,08 | 20,9 | 8,7 |
| 1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen | 3.527,57 | 3.527,57 | 0,0 | 0,0 |
| 1.2.5 Stiftungskapital | 1.527.682,20 | 1.883.960,87 | -0,4 | -18,9 |
| | 263.061.678,79 | 242.509.026,52 | 20,5 | 8,5 |
| 1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 133.880.861,22 | 145.516.486,71 | -11,6 | -8,0 |
| 1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital | 67.208.598,82 | 66.147.316,68 | 1,1 | 1,6 |
| | 1.723.240.827,09 | 1.713.262.518,17 | 10,0 | 0,6 |
| 2 SONDERPOSTEN | | | | |
| 2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge | | | | |
| 2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich | 179.830.145,74 | 176.242.699,04 | 3,5 | 2,0 |
| 2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich | 18.629.378,06 | 18.096.478,98 | 0,5 | 2,9 |
| 2.1.3 Investitionsbeiträge | 29.444.551,60 | 29.603.562,84 | -0,1 | -0,5 |
| | 227.904.075,40 | 223.942.740,86 | 3,9 | 1,8 |
| 2.2 Sonstige Sonderposten | 41.299.199,79 | 38.828.759,98 | 2,5 | 6,4 |
| | 269.203.275,19 | 262.771.500,84 | 6,4 | 2,4 |
| 3 RÜCKSTELLUNGEN | | | | |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 617.028.169,19 | 571.569.107,98 | 45,5 | 8,0 |
| 3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse | 3.994.810,54 | 9.708.472,10 | -5,7 | -58,9 |
| 3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien | 100.339.143,37 | 95.993.159,80 | 4,3 | 4,5 |
| 3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | 11.333.792,98 | 11.400.937,92 | -0,1 | -0,6 |
| 3.5 Sonstige Rückstellungen | 179.538.213,03 | 163.018.316,16 | 16,5 | 10,1 |
| | 912.234.129,11 | 851.689.993,96 | 60,5 | 7,1 |
| 4 VERBINDLICHKEITEN | | | | |
| 4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | | | | |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.560.963.621,46 | 1.497.611.530,83 | 63,4 | 4,2 |
| 4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern | 28.405.070,35 | 29.446.157,06 | -1,0 | -3,5 |
| 4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten | 139.823.279,14 | 153.428.215,54 | -13,6 | -8,9 |
| 4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung | 600.000,00 | 4.100.000,00 | -3,5 | -85,4 |
| | 1.729.791.970,95 | 1.684.585.903,43 | 45,2 | 2,7 |
| 4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 7.180.030,70 | 4.372.962,79 | 2,8 | 64,2 |
| 4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 75.778.025,56 | 73.646.075,23 | 2,1 | 2,9 |
| 4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 16.885.320,00 | 18.853.676,77 | -2,0 | -10,4 |
| 4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 5.704.184,24 | 6.421.348,15 | -0,7 | -11,2 |
| 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten | 106.573.853,59 | 103.334.025,23 | 3,2 | 3,1 |
| | 1.941.913.385,04 | 1.891.213.991,60 | 50,7 | 2,7 |
| 5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | 45.930.630,35 | 46.152.580,77 | -0,2 | -0,5 |
| Summe Passiva | 4.892.522.246,78 | 4.765.090.585,34 | 127,4 | 2,7 |

Gesamtabschluss 2019

2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis des Haushaltsjahres 2019 in € | Ergebnis des Vorjahres 2018 in € | Veränderung in | |
|---------------------------|--|--|--|-------------------|---------------|
| | | | | Mio. € | % |
| 1 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 737.528.631,82 | 725.534.400,58 | 12,0 | 1,7 |
| 2 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 131.973.432,40 | 132.454.416,31 | -0,5 | -0,4 |
| 3 | Kostensatzleistungen und -erstattungen | 17.276.386,08 | 16.992.843,70 | 0,3 | 1,7 |
| 4 | Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen | 3.163.723,72 | 4.310.683,22 | -1,1 | -26,6 |
| 5 | Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen | 661.234.014,27 | 610.842.373,28 | 50,4 | 8,2 |
| 6 | Erträge aus Transferleistungen | 232.098.434,19 | 233.351.588,56 | -1,3 | -0,5 |
| 7 | Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen | 228.182.025,02 | 232.050.663,24 | -3,9 | -1,7 |
| 8 | Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge | 17.455.028,44 | 17.699.216,12 | -0,2 | -1,4 |
| 9 | Sonstige ordentliche Erträge | 55.306.796,34 | 49.651.129,83 | 5,7 | 11,4 |
| 10 | Summe der ordentlichen Erträge | 2.084.218.472,28 | 2.022.887.314,84 | 61,3 | 3,0 |
| 11 | Personalaufwendungen | 501.309.975,66 | 468.363.217,71 | 32,9 | 7,0 |
| 12 | Versorgungsaufwendungen | 89.579.328,28 | 60.406.339,21 | 29,2 | 48,3 |
| 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 658.288.099,46 | 614.199.007,20 | 44,1 | 7,2 |
| 14 | Abschreibungen | 153.900.449,88 | 138.846.189,84 | 15,1 | 10,8 |
| 15 | Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen | 125.489.733,59 | 116.472.768,02 | 9,0 | 7,7 |
| 16 | Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen | 136.917.124,22 | 131.884.029,69 | 5,0 | 3,8 |
| 17 | Transferaufwendungen | 397.941.770,69 | 398.161.446,52 | -0,2 | -0,1 |
| 18 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 12.926.334,71 | 34.787.186,45 | -21,9 | -62,8 |
| 19 | Summe der ordentlichen Aufwendungen | 2.076.352.816,49 | 1.963.120.184,64 | 113,2 | 5,8 |
| 20 | Verwaltungsergebnis | 7.865.655,79 | 59.767.130,20 | -51,9 | -86,8 |
| 21 | Finanzerträge | 40.524.328,74 | 33.585.085,48 | 6,9 | 20,7 |
| 22 | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 55.553.802,51 | 58.376.003,65 | -2,8 | -4,8 |
| 23 | Finanzergebnis | -15.029.473,77 | -24.790.918,17 | 9,8 | 39,4 |
| 24 | Ordentliches Ergebnis | -7.163.817,98 | 34.976.212,03 | -42,1 | -120,5 |
| 25 | Außerordentliche Erträge | 53.104.538,11 | 89.135.040,72 | -36,0 | -40,4 |
| 26 | Außerordentliche Aufwendungen | 19.062.880,78 | 70.451.172,35 | -51,4 | -72,9 |
| 27 | Außerordentliches Ergebnis | 34.041.657,33 | 18.683.868,37 | 15,4 | 82,2 |
| 28 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 26.877.839,35 | 53.660.080,40 | -26,8 | -49,9 |
| 29 | Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis | -17.604.533,90 | -17.264.837,85 | -0,3 | -2,0 |
| Ergebnisverwendung | | | | | |
| 30 | Ergebnisvortrag aus Vorjahren | 145.516.486,71 | 201.341.801,46 | -55,8 | -27,7 |
| 31 | Zuführung zu den Rücklagen | -20.908.930,94 | -92.220.557,30 | -71,3 | -77,3 |
| 32 | Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 133.880.861,22 | 145.516.486,71 | -11,6 | -8,0 |

Gesamtabschluss 2019

2.3 Konsolidierte Finanzrechnung

| Ziffer | Rechen- vorschrift | Posteninhalt | Ergebnis des Jahres 2019 in € |
|-----------|-----------------------|--|-------------------------------------|
| 1 | | Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter) | 26.877.839 |
| 2 | + / - | Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens | 131.441.973 |
| 3 | + / - | Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen | 57.679.478 |
| 3a | - | Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse | -17.455.028 |
| 4 | + / - | Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge | -187.697 |
| 5 | - / + | Zunahme/ Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | -46.576.888 |
| 6 | + / - | Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 689.175 |
| 7 | - / + | Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | -27.491.932 |
| 8 | + / - | Zinsaufwendungen/ Zinserträge | 51.412.444 |
| 9 | - | Sonstige Beteiligungserträge | -28.449.076 |
| 10 | + / - | Aufwendungen/ Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 11 | + / - | Ertragsteueraufwand/-ertrag | -534.365.306 |
| 12 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 13 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 14 | - / + | Ertragsteuerzahlungen | 535.771.176 |
| 15 | | Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14) | 149.346.159 |
| 16 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens | 3.894.293 |
| 17 | - | Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen | -5.044.697 |
| 18 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens | 65.339.223 |
| 19 | - | Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen | -275.931.097 |
| 20 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens | 2.974.361 |
| 21 | - | Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen | -744.575 |
| 22 | + | Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis | 0 |
| 23 | - | Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis | 0 |
| 24 | + | Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition | 0 |
| 25 | - | Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition | 0 |
| 26 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 27 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 28 | + | Erhaltene Zinsen | 3.947.244 |
| 29 | + | Erhaltene Dividenden | 25.308.041 |
| 30 | | Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29) | -180.257.207 |

Gesamtabschluss 2019

| | | | |
|-----------|----------|--|--------------------|
| 31 | + | Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens | 0 |
| 32 | + | Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern | 0 |
| 33 | - | Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens | -356.279 |
| 34 | - | Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter | 0 |
| 35 | + | Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten | 98.449.115 |
| 36 | - | Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten | -49.743.047 |
| 37 | + | Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen | 26.153.728 |
| 38 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 39 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 40 | - | Gezahlte Zinsen | -50.672.658 |
| 41 | - | Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens | 0 |
| 42 | - | Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter | -16.543.252 |
| 43 | | Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42) | 7.287.608 |
| 44 | | Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43) | -23.623.440 |
| 45 | + / - | Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | 0 |
| 46 | + / - | Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | 0 |
| 47 | + | Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | 376.700.262 |
| 48 | = | Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47) | 353.076.822 |
| | + | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung | 600.000 |
| | = | Flüssige Mittel | 353.676.822 |

Gesamtabschluss 2019

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Artikel 1 vom 07.05.2020, und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 02.04.2006, zuletzt geändert durch Art. 5 HessenkasseG vom 25.04.2018. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 a Abs. 4 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zu § 53 GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertungsmethode vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4 der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Folgende wesentliche Änderungen haben sich im Jahr 2019 im Konsolidierungskreis (ohne WVV Teilkonzern) ergeben:

Die Gesellschaften Wiesbaden Marketing GmbH, Rhein Main Hallen GmbH und Kurhaus Wiesbaden GmbH wurden zum 01.01.2019 zur **Wiesbaden Congress und Marketing GmbH** verschmolzen.

Gesamtabschluss 2019

Die Firma der Gesellschaft WJW wurde in „WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt - **gemeinnützige** Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ geändert. Darüber hinaus wurde das bisher abweichende Geschäftsjahr vom 01.08. bis 31.07. eines Jahres auf ein kalendergleiches Geschäftsjahr geändert. Im Gesamtabschluss 2019 finden somit einmalig zwei Jahresabschlüsse (JA) der WJW Berücksichtigung. Sowohl der JA vom 01.08.2018 - 31.07.2019 als auch der JA für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.08.2019 - 31.12.2019.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 a Abs. 1 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauischen Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 a Abs. 1 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Stiftung, die von der Landeshauptstadt Wiesbaden errichtet wurde und in die Vermögen (Nassauische Altertümer) eingebracht wurde. Sie ist insofern gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 5 HGO in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Wegen nachrangiger Bedeutung wird aber auf die Konsolidierung verzichtet.

Aufgabenträger gem. § 112 a Abs. 1 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) sind derzeit bei der LHW nicht vorhanden.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

Gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung, die durch den Erlass „Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben zum Gesamtabschluss“ des HMdIS vom 22.08.2016 modifiziert wurden, ist eine nachrangige Bedeutung von einzelnen Aufgabenträgern anzunehmen, wenn

Gesamtabschluss 2019

der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsumme und der auf die Gemeinde entfallende Anteil der ordentlichen Erträge eines Aufgabenträgers 5 % der Summe aller (nicht konsolidierten) ordentlichen Erträge und 5% der (nicht konsolidierten) Bilanzsumme aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW nicht übersteigen. Die LHW muss die Aufgabenträger einbeziehen, wenn beide Wertgrenzen an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren überschritten werden. Eine Überprüfung erfolgt jährlich.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Rechtlich selbständige Stiftungen

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

Assoziierte Unternehmen

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

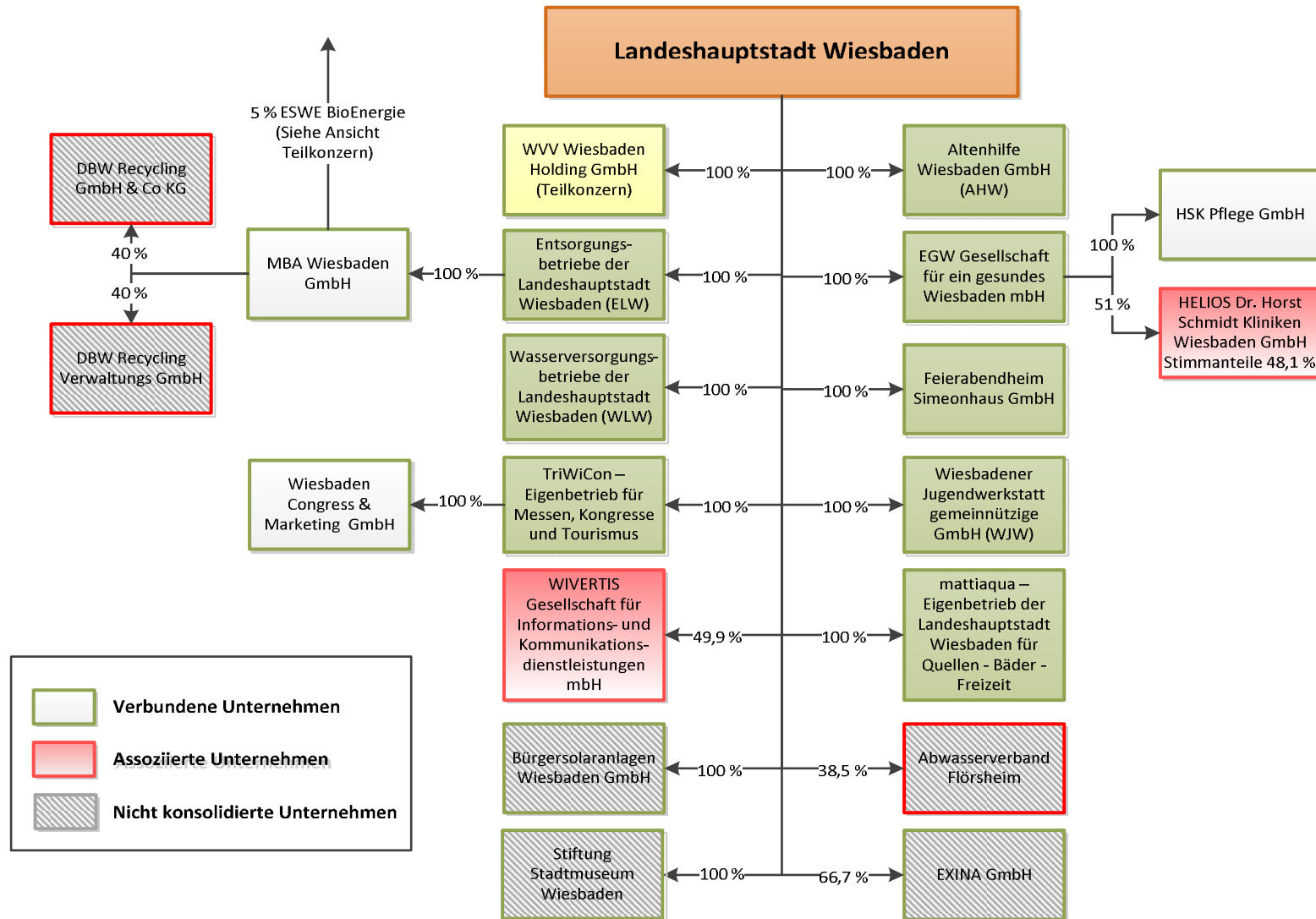
Die WVV Wiesbaden Holding GmbH übertrug ihre Anteile i. H. v. 94,9 % an der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG auf die GWI Gewerbeimmobilien GmbH. Nach wie vor hält die Kernverwaltung die restlichen Anteile in Höhe von 5,1 %.

Das Unternehmen „Knettenbrech + Gurdulic“ gründete die Firma MHKW Wiesbaden GmbH mit dem Zweck ein Müllheizkraftwerk zur Strom und Fernwärmeerzeugung zu errichten. Die ESWE Versorgungs AG und die Darmstädter Entega beteiligten sich mit je 24,5 %.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

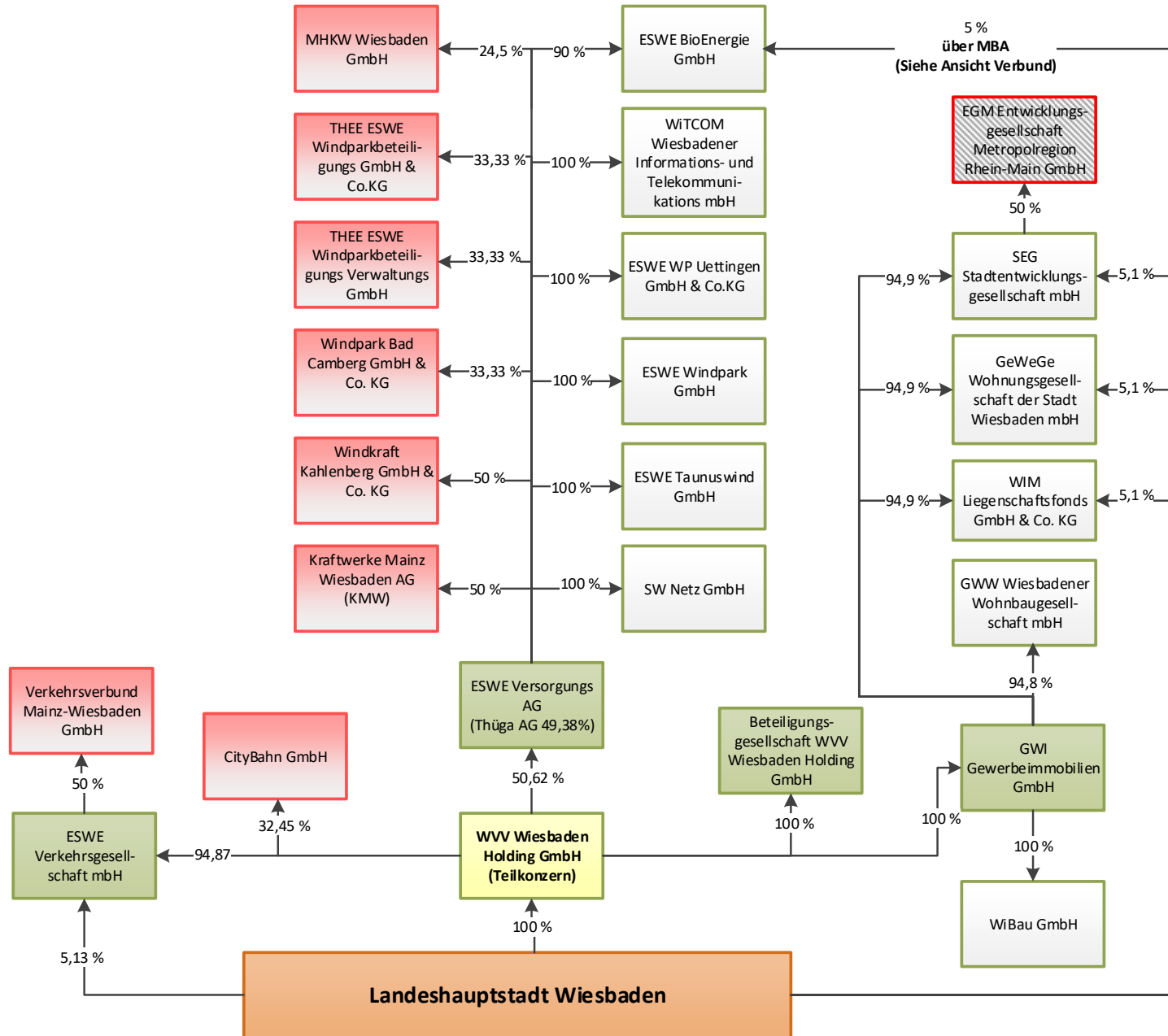
Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2019 verwiesen.

Gesamtabschluss 2019



Ansicht Verbund

Gesamtabschluss 2019



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2019

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs. 3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern. Auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

| At-Equity angesetzte Aufgabenträger | Stand 01.01.2019 in € | anteilige Eigenkapital- veränderung in € | Stand 31.12.2019 in € |
|---|-----------------------------|---|-----------------------------|
| HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH* | 0 | 0 | 0 |
| WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH | 423.421 | 61.393 | 484.813 |

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2019

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern wurden neutralisiert.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus Nr. 2.11 ff. der Hinweise. Die Hinweise sind durch den Erlass vom 22.08.2016 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport modifiziert. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2019

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gemäß Nr. 3.2 der Hinweise des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich kurzrissig die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 46 % (LHW), 41 % (WVV) und 8 % (ELW) also insgesamt rd. 95 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Die Eigenbetriebe der Kernverwaltung werden jährlich überprüft und gegebenenfalls phasengleich abgewertet, beziehungsweise maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben. Bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen zu korrigieren.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund

Gesamtabschluss 2019

langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf eine gesonderte Ermittlung von aktiven latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2019

Rückstellungen

Die Berechnung der **Pensions- und Beihilferückstellungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck²⁷ für die **Kernverwaltung der LHW** ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2019 anzusetzenden Zinsfuß von 2,71 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der **Aufgabenträger** sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen kommt der zehnjährige Durchschnittszinssatz von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren zur Anwendung. Dieser beträgt zum 31.12.2019 2,71%.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

²⁷ Die Heubeck Richtwerttafeln beinhalten die errechnete Lebenserwartung. Im Gesamtabschluss 2018 kamen erstmals die neu herausgegebenen Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zur Anwendung.

Gesamtabschluss 2019

KAPITALFLUSSRECHNUNG:

Der Kapitalflussrechnung wird das Muster des Deutschen Rechnungslegungsstandards 21 (DRS 21) gemäß § 54 GemHVO der zugrunde gelegt.

Während im DRS 2 die Angabe der Vorjahreswerte verpflichtend geregelt war, ist dies gemäß DRS 21 nur noch empfohlen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden macht von diesem Wahlrecht Gebrauch.

.

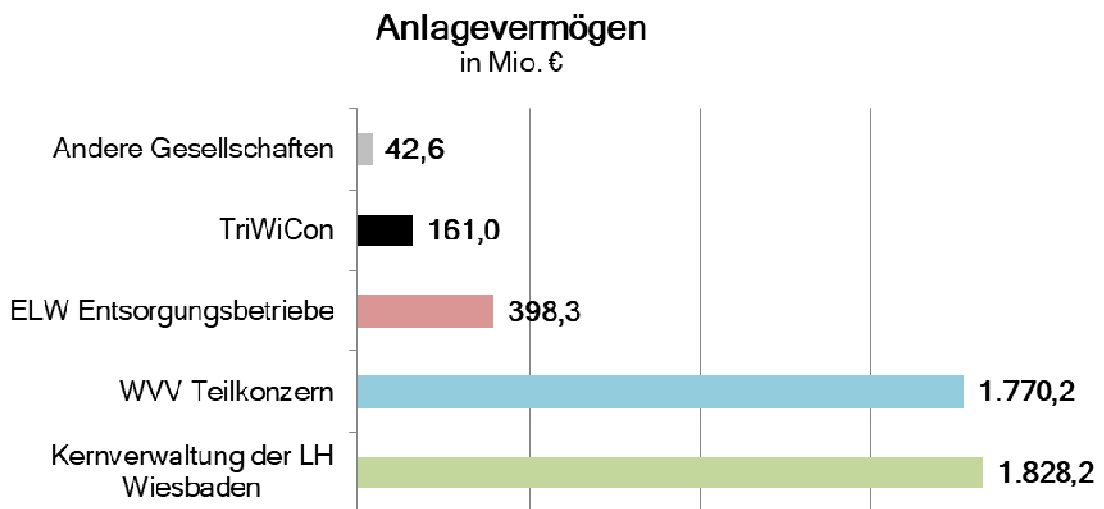
Gesamtabschluss 2019

3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 4.200,3 Mio. € (VJ 4.091,4 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände gesunken und belaufen sich auf 31,6 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die von der Kernverwaltung i. H. v. 25,5 Mio. € geleisteten Investitionszuschüsse, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Kinderbetreuung und Umwelt.

Gesamtabschluss 2019

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 111,4 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

| Sachanlagevermögen in Mio. € | |
|---|---------|
| Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2019 | 3.391,5 |
| Zugänge | 281,1 |
| Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen) | -128,3 |
| Umbuchungen | -0,1 |
| Konzernkreisveränderungen | 0,0 |
| Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge) | -41,3 |
| Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2019 | 3.502,9 |

²⁸

Die Zusammensetzung der Zugänge (einschließlich der Anlagen im Bau) zeigt die folgende Tabelle:

²⁸ In den Abschreibungen sind auch die Abschreibungen auf Nachaktivierungen enthalten.

Gesamtabschluss 2019

| Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. € | |
|--|--------------|
| Bau u. Sanierung von Wohngebäuden | 77,4 |
| Schulen / Kindertagesstätten | 40,9 |
| Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser | 27,6 |
| Energieverteilungsanlagen | 24,0 |
| Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.) | 21,7 |
| Abwassersammlungsanlagen (Kanäle) | 17,1 |
| Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge) | 17,9 |
| Umlegungsverfahren Bierstadt Nord | 13,3 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 12,2 |
| Citybahn / ESWE Verkehr | 5,4 |
| Neubau RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC) | 5,0 |
| Technische und andere Anlagen | 4,0 |
| Sonstiges | 14,6 |
| Summe | 281,1 |

Aufgrund der Rechtskraft des Umlegungsplanes für das Baulandumlegungsverfahren „Bierstadt - Nord“ wurden die Grundstücke neu bewertet. Der Zuteilungswert belief sich auf 13,3 Mio. € und wurde als Zugang gebucht (s. o. Tabelle Umlegungsverfahren Bierstadt Nord). Demgegenüber stehen Abgänge von 4,4 Mio. €. Somit erhöhte sich der Buchwert um 8,9 Mio. €.

Die Abgänge aus dem Sachanlagevermögen abzüglich der Abschreibungen belaufen sich auf 41,3 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf Grundstücksverkäufe der Kernverwaltung i. H. v. 32,7 Mio. € zurückzuführen. Hier enthalten ist neben den Abgängen aufgrund des Bauumlegungsverfahrens „Bierstadt - Nord“ insbesondere der Abgang der Grundstücke des Hainwegs aufgrund deren Verkaufs.

Gesamtabschluss 2019

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung | |
|---|----------------|----------------|-------------|----------|
| Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken | 2.302,3 | 2.279,0 | 23,3 | ↑ |
| Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden) | 856,2 | 815,1 | 41,1 | ↑ |
| Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden) | 504,7 | 501,1 | 3,6 | ↑ |
| Sonstige Betriebsgebäude (einschließlich Grund und Boden) | 265,8 | 269,9 | -4,1 | ↓ |
| Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden) | 124,1 | 120,3 | 3,8 | ↑ |
| Unbebaute Grundstücke | 180,8 | 201,3 | -20,5 | ↓ |
| Sonstiges | 370,7 | 371,3 | -0,6 | ↓ |

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition um 23,3 Mio. € auf 2.302,3 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (504,7 Mio. €) bilden die Wohngebäude (856,2 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

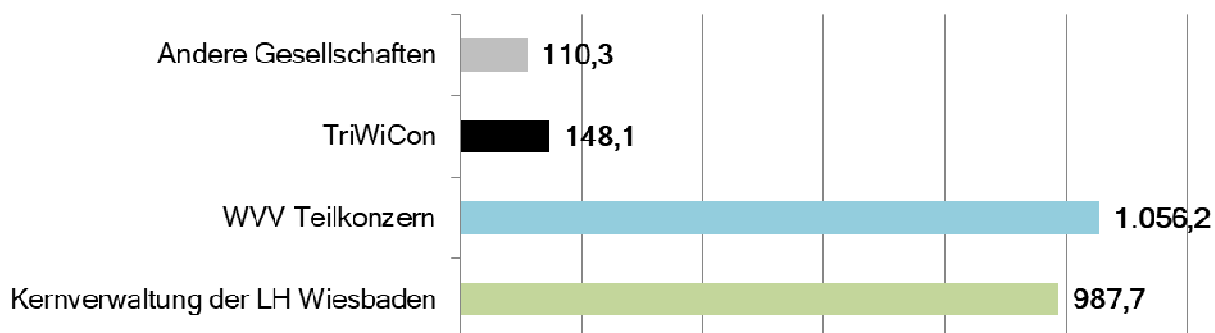
Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die die Fertigstellung von Wohngebäuden im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau zurückzuführen. Die Reduzierung der unbebauten Grundstücke beruht auf dem Verkauf von Grundstücken des Hainwegs.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2019

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken

in Mio. €



Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

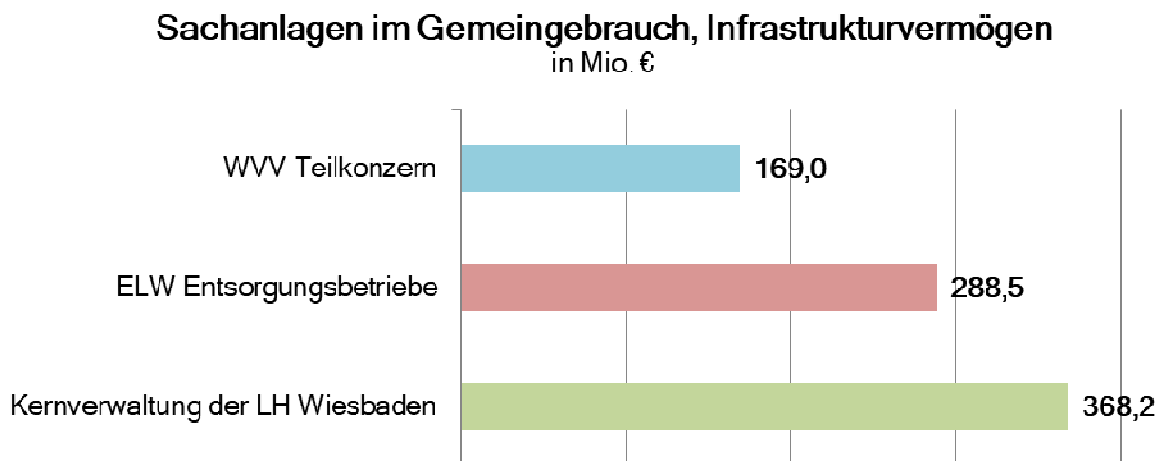
| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|---------------|
| Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 825,7 | 815,3 | 10,4 ↑ |
| Kanalisation | 224,4 | 221,4 | 3,0 ↑ |
| Kläranlagen | 56,7 | 62,1 | -5,4 ↓ |
| Straßen, Wege, Plätze | 170,6 | 173,8 | -3,2 ↓ |
| Energieversorgungsnetz | 169,0 | 154,7 | 14,3 ↑ |
| Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen | 65,4 | 65,2 | 0,2 ↑ |
| Wald | 50,5 | 50,1 | 0,4 ↑ |
| Sonstiges | 89,1 | 88,0 | 1,1 ↑ |

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 825,7 Mio. €. Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 281,1 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 170,6 Mio. € sowie

Gesamtabschluss 2019

das Energieversorgungsnetz mit 169,0 Mio. €. Investiert wurde insbesondere in das Energieversorgungsnetz und in die Kanalisation. Die Investitionen in die Kanalisation finden sich zum großen Teil noch in der Bilanzposition Anlagen im Bau. Bei den Straßen spiegelt der stetige Werteverzehr das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes wieder.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



Gesamtabschluss 2019

Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Im Berichtsjahr liegt das Finanzanlagevermögen nahezu unverändert bei 492,2 Mio. € (Vorjahr 491,7 Mio. €). Das Finanzanlagevermögen setzt sich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Wertpapieren des Anlagevermögens und sonstigen Ausleihungen zusammen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie die fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Den größten Anteil am Finanzanlagevermögen tragen aber die Beteiligungen an der KMW mit 148,2 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens beinhalten den im Jahr 2017 aufgelegten Spezialfonds bei der Deka Bank i. H. v. 50,8 Mio. €.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Darüber hinaus beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt hat ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. € bilanziert. Der Wert des Anteils beläuft sich per 31.12.2018 auf 324,7 Mio. €. Da eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus aber nicht möglich ist, wird der Wert von 173,6 Mio. € beibehalten.

Gesamtabschluss 2019

3.2.2 Umlaufvermögen

Im Berichtsjahr ist das Umlaufvermögen (657,0 Mio. €) erneut gestiegen (VJ 639,5 Mio. €).

Die wesentlichen Positionen sind neben den flüssigen Mitteln i. H. von 353,7 Mio. € die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (214,0 Mio. €). In den sonstigen Vermögensgegenständen enthalten und von den flüssigen Mitteln abgezogen ist die erste Zahlung von 12,5 Mio. € für den Fonds zur Absicherung der Pensionsrückstellungen, der von der Kernverwaltung erst Anfang des Jahres 2020 aufgelegt wurde. Die Investition in das Finanzanlagevermögen ist folglich erst im Gesamtabschluss 2020 enthalten. Bis dahin wird die Investition in der Position sonstige Vermögensgegenstände im Umlaufvermögen „geparkt“.

Die Restlaufzeiten der Forderungen sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten stellt sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert dar und beträgt im Berichtsjahr 35,2 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (2,9 Mio. €) sowie im Dezember 2019 gezahlte Transferaufwendungen (21,2 Mio. €) und Beamtenbezüge (5,0 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2019

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 10,0 Mio. € auf 1.723,2 Mio. €.

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|---|----------------|----------------|---------------|
| Eigenkapital | 1.723,2 | 1.713,2 | 10,0 ↑ |
| Netto-Position | 1.259,1 | 1.259,1 | 0,0 → |
| Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital | 263,1 | 242,5 | 20,6 ↑ |
| Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 133,8 | 145,5 | -11,7 ↓ |
| Anteile Dritter am Eigenkapital | 67,2 | 66,1 | 1,1 ↑ |

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2019 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2018 i. H. v. 20,9 Mio. € in die Rücklage eingestellt, so dass diese sich erhöhte. In dieser Position ebenfalls enthalten ist das Stiftungskapital i. H. v. 1,5 Mio. €, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € verringerte.

Der Gesamtbilanzgewinn reduzierte sich um 11,7 Mio. € auf 133,8 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, stiegen leicht (um 1,1 Mio. €).

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2019

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr sind die Sonderposten mit 269,2 Mio. € (Vorjahr 262,8 Mio. €) leicht gestiegen. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge betreffen in erster Linie mit 210,8 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt. Davon entfallen 179,8 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,6 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 22,4 Mio. € auf Investitionsbeiträge.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 31,6 Mio. € (Vj. 35,2 Mio. €) sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 21,1 Mio. € (Vj. 23,9 Mio. €).

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten entfallen auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten u. a. Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau.

Gesamtabschluss 2019

3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen um 60,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 912,2 Mio. € gestiegen. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

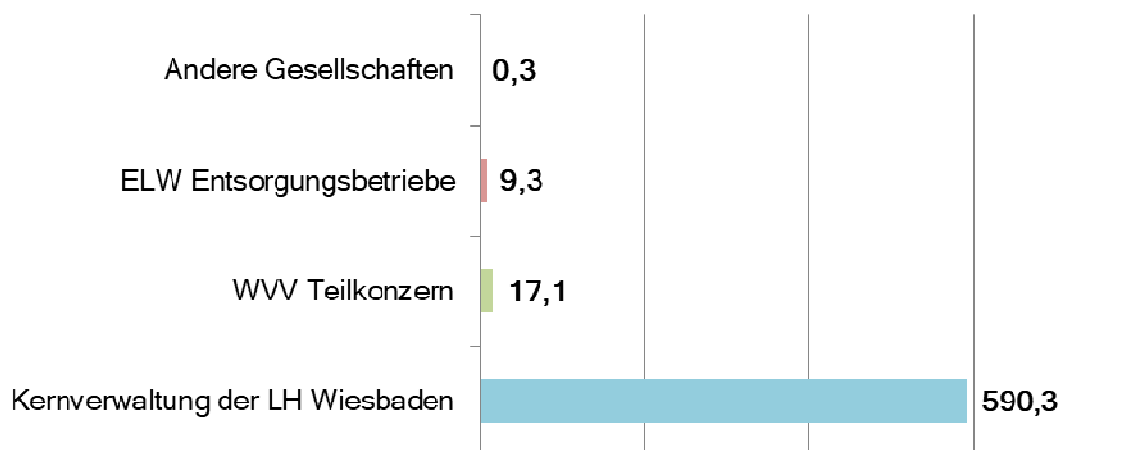
| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|---------------|
| Rückstellungen | 912,2 | 851,7 | 60,5 ↑ |
| Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 617,0 | 571,6 | 45,4 ↑ |
| Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse | 4,0 | 9,7 | -5,7 ↓ |
| Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien | 100,3 | 96,0 | 4,3 ↑ |
| Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten | 11,3 | 11,4 | -0,1 ↓ |
| Sonstige Rückstellungen | 179,6 | 163,0 | 16,6 ↑ |

Materiell bedeutendste Position mit 617,0 Mio. €, welche zudem die höchste Steigerung aufzeigt, sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Die Erhöhung um 45,5 Mio. € ist u. a. auf die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen im Berichtsjahr zurückzuführen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Gesamtabschluss 2019

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen / Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (515,6 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5% abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (2,71%) ergeben sich hier stille Lasten in Höhe von rd. 135,3 Mio. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt. Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen / Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (73,3 Mio. €). Die Rückstellung für Altersteilzeit beträgt insgesamt 1,5 Mio. € und besteht ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 17,1 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Verringerungen der Rückstellungen für Finanzausgleich- und Steuerschuldverhältnisse resultieren im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung, die im Jahr 2018 für die Steuernachzahlung im Rahmen der Betriebsprüfung bei der TriWiCon in Höhe von 4,2 Mio. € gebildet wurde.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 100,3 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen.

Bei der Rückstellung für die Sanierung von Altlasten handelt es sich im Wesentlichen um eine Rückstellung der Kernverwaltung für die Sanierung des Sedra-Geländes i. H. v. 10 Mio. €.

Gesamtabschluss 2019

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 179,5 Mio. € betreffen mit 132,2 Mio. € den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| Sonstige Rückstellung (in Mio. €) | 31.12.2019 |
|---|------------|
| WVV Teilkonzern | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen) | 20,6 |
| Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG | 25,1 |
| Steuerrückstellungen | 19,8 |
| Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen | 9,9 |
| Bauinstandhaltungen | 4,1 |
| Netzentgelte | 6,6 |
| Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften | 7,9 |
| Prozesskosten | 4,1 |
| Waldschäden, Hochwasserschutz, Wassertransportleitung | 5,3 |
| Wechselboni / Abrechnungsverpflichtungen | 4,8 |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto) | 10,9 |
| Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung | 1,9 |
| Rückstellung für drohende Verluste | 2,0 |
| ELW Entsorgungsbetriebe | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen) | 3,5 |
| Kostenüberdeckungen im Entsorgungsbereich | 17,6 |
| Rückstellung für Rückbaukosten | 1,4 |

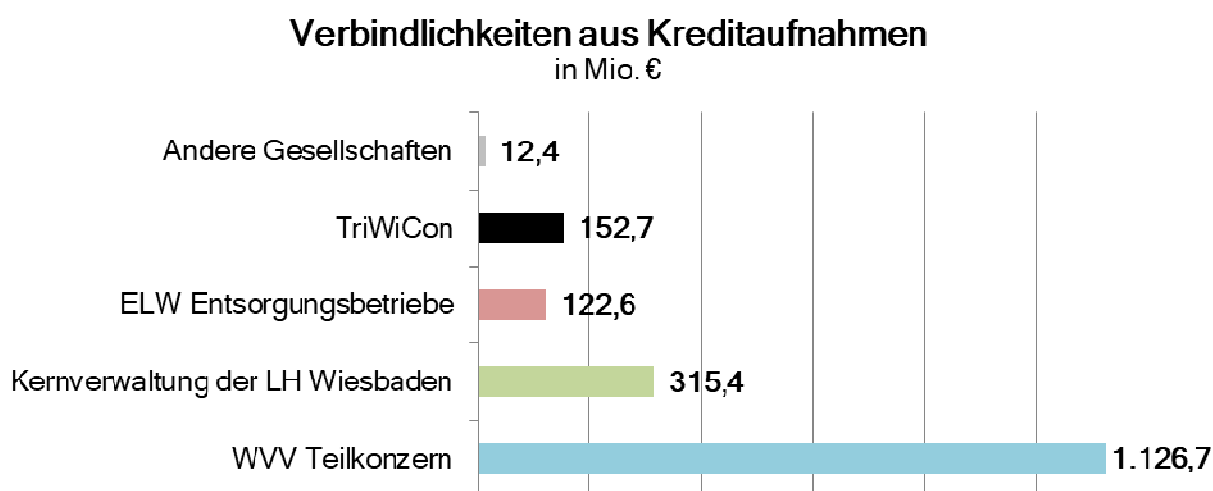
Gesamtabschluss 2019

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.941,9 Mio. € um 50,7 Mio. € erhöht.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 1.729,8 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2018 um 45,2 Mio. € gestiegen sind. Hauptsächlich ist dies auf die Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaus zurückzuführen.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** des WVV Konzerns von 1.126,7 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 759,3 Mio. € (Vj. 693,3 Mio. €), die WVV Holding mit 213,1 Mio. € (Vj. 222,2 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 118,7 Mio. € (Vj. 121,9 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 35,6 Mio. € (Vj. 18,2 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 45,9 Mio. € (Vorjahr 46,2 Mio. €). Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der LHW i. H. v. 36,7 Mio. €, die zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2019

3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2018 auf 7,9 Mio. € verschlechtert und wird im Folgenden erläutert.

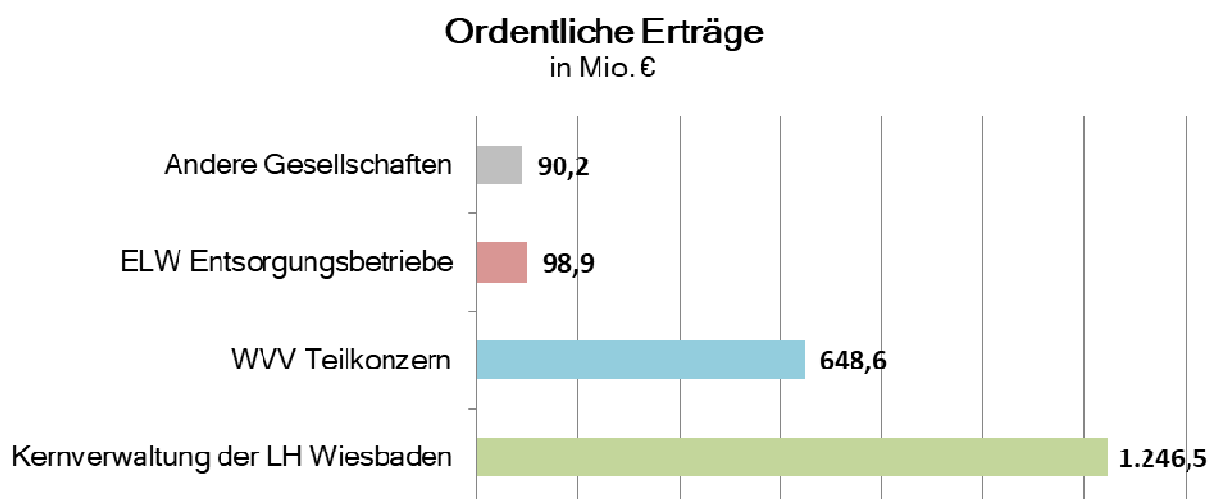
| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|----------------------------|------------|-------------|----------------|
| Verwaltungsergebnis | 7,9 | 59,8 | -51,9 ↓ |
| Ordentliche Erträge | 2.084,2 | 2.022,9 | 61,3 ↑ |
| Ordentliche Aufwendungen | 2.076,3 | 1.963,1 | 113,2 ↑ |

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 2.084,2 Mio. € sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam 73 % dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Gesamtabschluss 2019

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Leistungsentgelte | 869,5 | 858,0 | 11,5 ↑ |
| Versorgung (Strom, Gas, Wasser, Wärme) | 406,9 | 387,9 | 19,0 ↑ |
| Entsorgung (Straßenreinigung, Abwasser, Müllabfuhr) | 80,1 | 80,3 | -0,2 ↓ |
| Verkehr | 53,8 | 52,6 | 1,2 ↑ |
| Immobilien | 193,0 | 203,1 | -10,1 ↓ |
| Sonstiges | 135,7 | 134,1 | 1,6 ↑ |

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 47 % der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erzielt. Von 406,9 Mio. € entfallen 254,4 Mio. € auf die Strom- und 93,2 Mio. € auf die Gasversorgung. Die Erhöhung der Leistungsentgelte ist insbesondere auf die preisbedingte Steigerung der Stromerlöse und die mengenbedingte Steigerung der Gaserlöse zurückzuführen.

Die Leistungsentgelte im Geschäftsfeld Immobilien verringerten sich zwar um 10,1 Mio. €, liegen aber dennoch auf hohem Niveau. Hier enthalten sind u. a. die Grundstücksverkäufe im Rahmen der Projekte „American Arms“, „Abraham-Lincoln-Straße“, „Hainweg“ und „Parkfeld“. Mit diesen wurden zwar nicht so hohe Umsätze wie im Vorjahr erzielt, jedoch konnte ein höherer Deckungsbeitrag erreicht werden.

Gesamtabschluss 2019

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 17,3 Mio. € (Vj. 17,0 Mio. €) sind nahezu unverändert und entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung. Größter Einzelposten sind die Erstattungen des Landes für Unterhaltsvorschussleistungen i. H. v. 6,8 Mio. €.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** von 3,2 Mio. € entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Im Berichtsjahr wird eine Bestandsminderung von -7,4 Mio. € ausgewiesen. Die aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 10,6 Mio. €.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 661,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 50,4 Mio. € erhöht.

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen | 661,2 | 610,8 | 50,4 ↑ |
| Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage) | 347,8 | 314,5 | 33,3 |
| Einkommensteuer | 184,8 | 173,3 | 11,5 |
| Grundsteuer | 61,5 | 60,8 | 0,7 |
| Umsatzsteuer | 39,9 | 36,3 | 3,6 |
| Sonstiges | 27,2 | 25,9 | 1,3 |

Der mit 53 % größte Anteil an den Steuern entfällt auf die Gewerbsteuer i. H. v. 347,8 Mio. €, die sich um 33,3 Mio. € erhöht hat. Die Gewerbesteuererträge entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW.

Die **Erträge aus Transferleistungen** liegen im Berichtsjahr nahezu auf Vorjahresniveau und betragen 232,1 Mio. € (Vj. 233,4 Mio. €). Sie entfallen insbesondere auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind unter anderem die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Gesamtabschluss 2019

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 228,2 Mio. € (Vj. 232,1 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen bzw. Zuschüssen von Bund und Land zusammen und beinhalten auch die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen). Im Berichtsjahr erhielt die Kernverwaltung der LHW Schlüsselzuweisungen i. H. v. 156,0 Mio. € aus dem Finanzausgleich.

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** (empfangene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge) i. H. v. 17,5 Mio. € (Vj. 17,7 Mio. €) entfallen 13,3 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

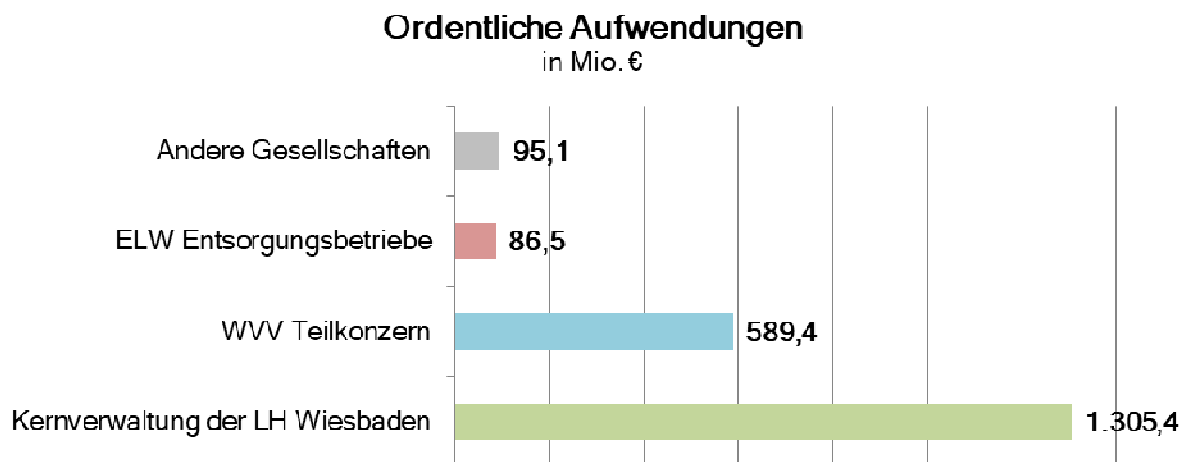
Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 55,3 Mio. € (Vj. 49,7 Mio. €) beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 33,3 Mio. € (Vj. 28,7 Mio. €).

Gesamtabschluss 2019

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 2.076,4 Mio. € (Vj. 1.963,1 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2019

Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 501,3 Mio. €.

Die **Versorgungsaufwendungen** betragen 89,6 Mio. € und enthalten den Aufwand für die Ruhestandsbeamten und für die aktiven Beamten.

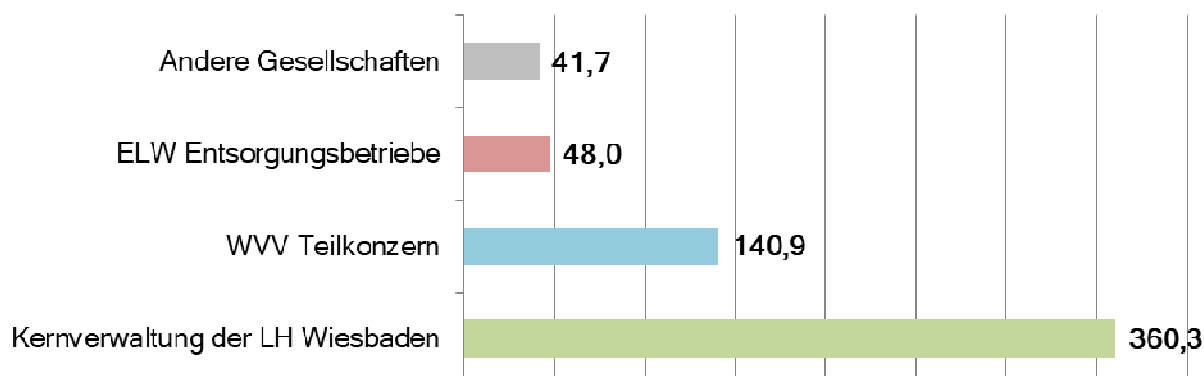
| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|---------------|
| Personalaufwendungen | 501,3 | 468,4 | 32,9 ↑ |
| Versorgungsaufwendungen | 89,6 | 60,4 | 29,2 ↑ |
| Summe | 590,9 | 528,8 | 62,1 ↑ |
| Arbeitnehmerentgelte | 349,4 | 326,9 | 22,5 ↑ |
| Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge) | 139,8 | 109,3 | 30,5 ↑ |
| Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung) | 79,8 | 72,8 | 7,0 ↑ |
| Sonstige Personalaufwendungen | 21,9 | 19,8 | 2,1 ↑ |

Die Personalaufwendungen sind durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen aber auch Tarif - und Besoldungssteigerungen höher als im Vorjahr ausgefallen. Die Versorgungsaufwendungen schwanken u. a. durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen. Im Berichtsjahr wurde den Pensionsrückstellungen ein deutlich höherer Betrag (53,9 Mio. €) als im Vorjahr (26,4 Mio. €) zugeführt, dies lag u. a. an den Besoldungserhöhungen. Gedanklich ist hier die Auflösung von Pensionsrückstellungen noch abzuziehen. Diese sind in den ordentlichen Erträgen enthalten.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen folgendermaßen dar:

Gesamtabschluss 2019

Personal- und Versorgungsaufwendungen in Mio. €



Mit 360,3 Mio. € entfielen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 61 % der Personalaufwendungen. Der Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeitendenzahl betrug 57%. Die Diskrepanz relativiert sich vor dem Hintergrund, dass die LHW die meisten Beamten beschäftigt und für diese in diesem Jahr erhöhte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen erfolgten.

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeitenden ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 658,3 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 658,3 | 614,2 | 44,1 ↑ |
| Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 326,5 | 328,0 | -1,5 ↓ |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung | 152,3 | 118,5 | 33,8 ↑ |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 118,8 | 107,8 | 11,0 ↑ |
| Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 60,7 | 59,9 | 0,8 ↑ |

Gesamtabschluss 2019

Einen wesentlichen Anteil nahmen die Materialaufwendungen (326,5 Mio. €) und die Aufwendungen für bezogene Leistungen und Reparaturen sowie Instandhaltungen (152,3 Mio. €) ein. Während bei der Kernverwaltung der LHW die Aufwendungen für Instandhaltungen und Reparaturen um 20 Mio. € stiegen, waren es bei dem WVV Teilkonzern die Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen, welche höher ausfielen als im Vorjahr. Diese stiegen vor dem Hintergrund der ebenfalls höheren Leistungsentgelte, aber auch wegen deutlich höherer Beschaffungskosten und Netzentgelte (u. a. Versorgung).

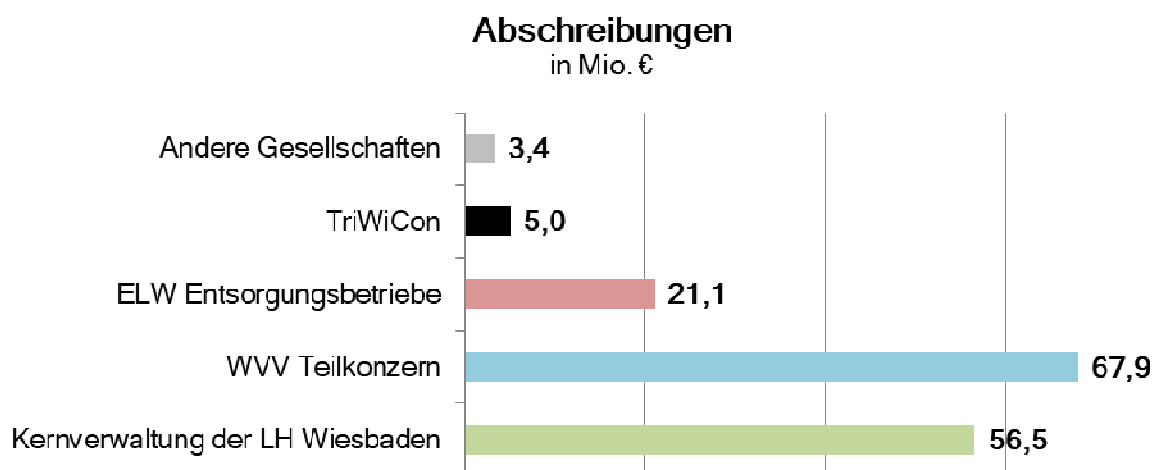
Die **Abschreibungen**²⁹ betragen im Berichtsjahr 153,9 Mio. €. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 15,1 Mio. €. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

| in Mio. € | 31.12.2019 | 31.12.2018 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Abschreibungen | 153,9 | 138,8 | 15,1 ↑ |
| Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge | 5,4 | 5,7 | -0,3 ↓ |
| Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens | 2,5 | 2,5 | 0,0 ↑ |
| planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen | 123,6 | 118,0 | 5,6 ↑ |
| Wertberichtigungen auf Forderungen | 22,4 | 12,6 | 9,8 ↑ |

Die Abschreibungen betreffen folgende Aufgabenträger.

²⁹ Im Gegensatz zum Anlagenspiegel finden in der obigen Tabelle die Wertberichtigungen auf Forderungen Berücksichtigung, aber die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht.

Gesamtabschluss 2019



Mit **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 125,5 Mio. € (Vj. 116,5 Mio. €) unterstützte die Kernverwaltung im Berichtsjahr u. a. folgende Einrichtungen / Institutionen:

- das Hessische Staatstheater (19,8 Mio. €)
- Kindertagesstätten der evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden (19,9 Mio. €)
- den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (11,4 Mio. €)
- den AWO Kreisverband Wiesbaden (8,3 Mio. €)
- den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau (2,2 Mio. €)
- die Europa-Schule Dr. Obermayr (4,1 Mio. €)
- die gemeinnützigen Känguru Kindertagesstätten (3,3 Mio. €)
- die Wiesbadener Musik- und Kunstschule (2,6 Mio. €)
- das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. (2,3 Mio. €)
- EVIM Bildung GmbH (2,0 Mio. €)
- Terminal for Kids GmbH (2,1 Mio. €)

Die **Steueraufwendungen** i. H. V. 136,9 Mio. € fielen gegenüber dem Vorjahr (131,9 Mio. €) geringfügig höher aus, stellten ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betrafen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (79,8 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (49,6 Mio. €) sowie die Krankenhausumlage (7,3 Mio. €).

Gesamtabschluss 2019

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 397,9 Mio. € (Vj. 398,2 Mio. €) entfielen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellten die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen stellten die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 221,1 Mio. €, nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 80,2 Mio. € und sonstige soziale Leistungen an natürliche Personen i. H. v. 96,7 Mio. € dar.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 12,9 Mio. € beinhalteten u. a. Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestaltung.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis betrug - 15,0 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 24,8 Mio. €) verbessert.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 40,5 Mio. € (Vj. 33,6 Mio. €) resultierten im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (12,8 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (14,9 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,1 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (7,9 Mio. €).

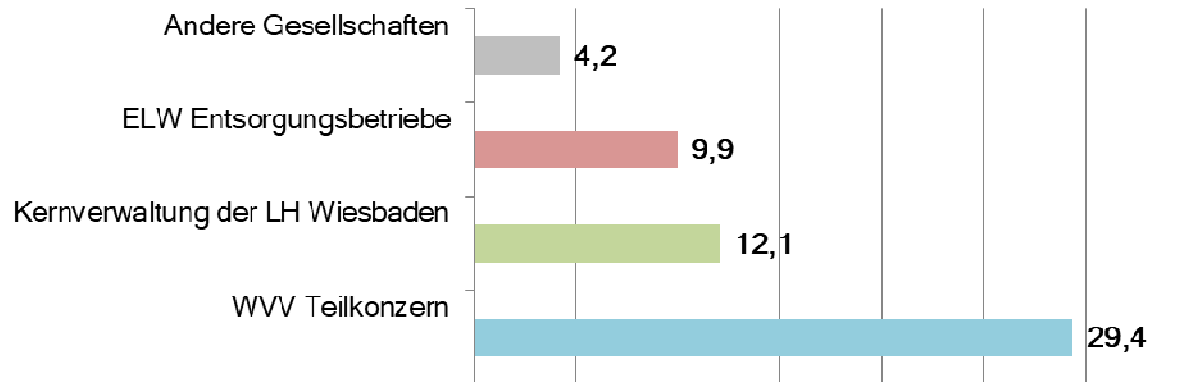
Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfielen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelte es sich dabei um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (13,1 Mio. €) und um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG (13,4 Mio. €), die indirekt Anteile an der Thüga +AG hält.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen - verringert um 2,8 Mio. € - belaufen sich im Berichtsjahr auf 55,6 Mio. € und entfielen zum überwiegenden Teil auf den WVV-Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2019

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2019

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 53,1 Mio. € (Vj. 89,1 Mio. €) und setzten sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögen (3,6 Mio. €)
- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (33,2 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (1,0 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (14,9 Mio. €)

Die **Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögen** waren auf die Kernverwaltung der LHW zurückzuführen und betrafen das veräußerte Dauernutzungsrecht für die Schwalbacher Str. 8.

Die **Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** waren größtenteils auf die Kernverwaltung der LHW zurückzuführen (32,7 Mio. €). Es handelte sich u. a. um Erträge aus Grundstücksverkäufen des Hainwegs.

Die **anderen periodenfremden Erträge** entstanden mehrheitlich im WVV-Teilkonzern (0,7 Mio. €).

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Sie entfielen auf Grundstücksumlegungen im Baugebiet Bierstadt - Nord (13,3 Mio. €). Diesen standen entsprechende Verluste („Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen“) gegenüber.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 19,1 Mio. € und setzten sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (9,2 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (1,5 Mio. €)
- sonstige außerordentliche Aufwendungen (8,3 Mio. €)

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelte es sich um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (5,4 Mio. €), die u. a. durch Grundstücksumlegungen im Baugebiet Bierstadt - Nord (4,4 Mio. €) entstanden sowie um Aufwendungen des WVV Teilkonzerns (2,6 Mio. €).

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfielen mit 0,6 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern und mit 0,6 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW.

Gesamtabschluss 2019

Die **sonstigen außerordentlichen Aufwendungen** betrafen die Kernverwaltung der LHW. Hier enthalten waren Wertausgleichzahlungen für Grundstücke im Baugebiet Parkfeld. Diesen Aufwendungen standen die Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke gegenüber.

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 17,6 Mio. € beinhalteten im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2019

3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung

Die Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Berichtsjahr veränderte. In der Finanzrechnung werden die Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen. Sie bezeichnen den Zufluss bzw. Abfluss der liquiden Mittel. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Finanzrechnung unterscheidet zwischen dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit, dem Cashflow aus Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Die Summe der drei Cashflows stellt die Veränderung des Finanzmittelfonds dar.

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** wird über die sogenannte „indirekte Methode“ hergeleitet. Bei der indirekten Methode bildet das Jahresergebnis den Ausgangspunkt der Berechnungen. Das Jahresergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 26,9 Mio. €. Um ausgehend vom Jahresergebnis den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu errechnen, wird das Jahresergebnis bereinigt. Es wird um die nicht zahlungsrelevanten Erträge (z. B. Auflösung von Rückstellungen) sowie die Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten vermindert. Erhöht wird das Jahresergebnis um die nicht zahlungsrelevanten Aufwendungen (z. B. Abschreibungen, Erhöhung der Rückstellungen) sowie um die Abnahme von Forderungen und die Zunahme von Verbindlichkeiten. Zudem wird der Gewinn aus Abgängen des Anlagevermögens (27,5 Mio. €) und die „zahlungswirksamen Beteiligungserträge“ (25,3 Mio. €) abgezogen, da diese im Cashflow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt werden. Ebenso die „zahlungswirksamen Zinsaufwendungen“ (50,7 Mio. €), die dem Cashflow aus Finanzierung zugeordnet werden. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit lag im Jahr 2019 bei 149,3 Mio. €. Ein wesentlicher Teil der Differenz zwischen dem Jahresergebnis und dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit geht auf die Abschreibungen i. H. v. 131,4 Mio. € und die Nettoerhöhung der Rückstellungen i. H. v. 60,5 Mio. €³⁰ zurück.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** fasst die Zahlungsströme aus Investitionen und Desinvestitionen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen sind im Anlagenspiegel erläutert. Im Berichtsjahr wurde ein Betrag von 281,7 Mio. € (brutto)³¹ in das Anlagevermögen investiert. Wesentliche nicht zahlungsrelevante Vorgänge wurden nicht berücksichtigt. Enthalten in den Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens i. H. v. 72,2 Mio. €³² waren im Berichtsjahr u. a. der Teilverkauf von Grundstücken des Hainwegs. Dividenden erhielt der Gesamtverbund im Wesentlichen aufgrund der mittelbaren Beteiligungen an der KOM9 und der KMW. **Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fiel mit - 180,3 Mio. € negativ aus**, da die Investitionen die Desinvestitionen deutlich überstiegen.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist der Saldo aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Finanzierung. Hier enthalten sind Einzahlungen aufgrund von

³⁰ Nettoerhöhung der Rückstellungen gemäß Bilanz 60,5 Mio. €. In der Kapitalflussrechnung findet sich dieser Betrag in den Ziffern 3 (57,7 Mio. €), 14 (1,1 Mio. €) und 40 (1,7 Mio. €) wieder.

³¹ Nach Abzug der Abschreibungen auf Nachaktivierungen und zahlungsunwirksame Vorgänge.

³² Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens errechnen sich aus: Abgänge abzüglich Abschreibungen auf Abgänge zuzüglich Erträge/ abzüglich Verluste aus diesen Geschäften.

Gesamtabschluss 2019

Kreditaufnahmen, Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, aber auch Zinszahlungen für diese Kredite. Obwohl im Berichtsjahr deutlich mehr Kreditmittel aufgenommen (98,4 Mio. €) als zurückgeführt (49,7 Mio. €) wurden, war der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zwar positiv, aber nur i. H. v. 7,3 Mio. €**. Ursache hierfür war, dass bei der Berechnung auch die „Kreditkosten“ (Zinszahlungen 50,7 Mio. €) berücksichtigt werden.

Die Summe der drei Cashflows ergab eine Verringerung des Finanzmittelfonds i. H. v. - 23,6 Mio. €. Zum 31. Dezember 2019 nahm der Finanzmittelfonds also ab und belief sich damit auf 353,1 Mio. €. Er besteht aus den flüssigen Mitteln i. H. v. 353,7 Mio. €, reduziert um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung i. H. v. 0,6 Mio. €.

Gesamtabschluss 2019

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

Die Kernverwaltung der LHW ist, neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz, Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der Kernverwaltung LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Gesamtabschluss 2019

| Gesellschaft | Art des Haftungsverhältnisses | Höhe der Haftung in Mio. € | | Änderung |
|---------------------------------|---|----------------------------|--------------|--------------|
| | | 2019 | 2018 | |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt): | | | |
| | Bürgschaften für Außenstehende | 5,8 | 6,0 | -0,2 |
| | HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH | 47,4 | 50,4 | -3,0 |
| | WV Wiesbaden Holding GmbH | 178,6 | 198,9 | -20,3 |
| | GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH | 82,0 | 96,7 | -14,7 |
| | ESWE Versorgungs AG | 44,2 | 49,8 | -5,6 |
| | GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH | 71,4 | 70,5 | 0,9 |
| | ESWE Verkehrsgesellschaft mbH | 18,9 | 17,6 | 1,3 |
| | SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH | 7,0 | 7,9 | -0,9 |
| | AltenHilfe Wiesbaden GmbH | 0,6 | 0,8 | -0,2 |
| | GWI Gewerbeimmobilien GmbH | 3,0 | 3,1 | -0,1 |
| | WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG | 12,3 | 12,4 | -0,1 |
| | Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH | 2,3 | 2,6 | -0,3 |
| | WI-Bau GmbH | 40,7 | 32,7 | 8,0 |
| Summe: | | 514,2 | 549,4 | -35,2 |
| WV Teilkonzern | Treuhandverbindlichkeiten | 9,8 | 9,2 | 0,6 |
| | Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen | 50,0 | 50,0 | 0,0 |
| Summe: | | 59,8 | 59,2 | 0,6 |

Gesamtabschluss 2019

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

| Gesellschaft | Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen | Höhe der Verpflichtung in Mio. € | | Änderung |
|--------------------------------------|--|----------------------------------|------|----------|
| | | 2019 | 2018 | |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz. | 9,9 | 12,0 | -2,1 |
| | IT-Dienstleistungsvertrag WIVERTIS inkl. Zusatzausstattung | 14,0 | 14,0 | 0,0 |
| | Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger | 65,8 | 60,6 | 5,2 |
| | Betriebskostenzuschuss Hessisches Staatstheater Wiesbaden | 16,9 | 16,8 | 0,1 |
| WWV Teilkonzern | Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen | 111,8 | 82,3 | 29,5 |
| | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 16,9 | 16,4 | 0,5 |
| | Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen | 76,8 | 46,4 | 30,4 |
| | Verpflichtung aus Personalgestellungsverträgen | 0,5 | 0,9 | -0,4 |
| | Verpflichtungen aus sonstigen Verträgen | 9,9 | 0,7 | 9,2 |
| | Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers | 7,1 | 7,6 | -0,5 |
| ELW Entsorgungsbetriebe | Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen | 10,4 | 12,9 | -2,5 |
| | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 0,3 | 0,2 | 0,1 |
| Wiesbaden Congress & Marketing GmbH* | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 0,7 | 1,5 | -0,8 |

*Der Wert der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH „Miet- und Leasingverträge für das Jahr 2018 enthält die zusammengefasste Zahl der 3 Unternehmen vor Verschmelzung

Gesamtabschluss 2019

| Gesellschaft | Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen | Höhe der Verpflichtung in Mio. € | | Änderung |
|--|--|----------------------------------|--------------|-------------|
| | | 2019 | 2018 | |
| WJW Wiesbadener Jugend- werkstatt | sonstige finanzielle Verpflichtungen | 1,5 | 1,8 | -0,3 |
| mattiaqua | Verpflichtung aus Mietvertrag für Büroräume | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| | Verpflichtung aus IT- und Telekommunikationsdienstleistungen | 0,3 | 0,6 | -0,3 |
| | Unterhaltung Thermalbad Aukammtal | 0,8 | 1,0 | -0,2 |
| | Unterhaltung Rettbergsaue | 0,1 | 0,1 | 0,0 |
| Summe: | | 343,9 | 276,0 | 67,9 |

Bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns sind derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung eingesetzt. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Es handelt sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert 178,1 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung hatten diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 15,1 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Gesamtabschluss 2019

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar³³:

| Gesellschaften | Beschäftigte | Beamte | Gesamt | Veränderung zum Vorjahr |
|---|--------------|------------|--------------|-------------------------|
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | 3.790 | 977 | 4.767 | 182 ↑ |
| EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH | 5 | 0 | 5 | -1 ↓ |
| HSK Pflege GmbH | 2 | 0 | 2 | -1 ↓ |
| Feierabendheim Simeonhaus GmbH | 1 | 0 | 1 | -1 ↓ |
| AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH | 188 | 0 | 188 | 14 ↑ |
| WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH | 223 | 0 | 223 | 3 ↑ |
| ELW Entsorgungsbetriebe | 766 | 6 | 772 | 24 ↑ |
| MBA Wiesbaden GmbH | 2 | 0 | 2 | 0 → |
| TriWiCon | 70 | 1 | 71 | -5 ↓ |
| Wiesbaden Congress & Marketing GmbH | 65 | 0 | 65 | -1 ↓ |
| Mattiaqua (Bäderbetrieb) | 133 | 1 | 134 | 11 ↑ |
| Wasserversorgungsbetriebe der LHW (WLW) | 6 | 0 | 6 | 0 → |
| WVV-Teilkonzern* (mit WIM Liegenschaftsfonds) | 2.148 | 0 | 2.148 | 130 ↑ |
| Gesamt | 7.399 | 985 | 8.384 | 357 ↑ |
| * Unternehmen im WVV Teilkonzern siehe untere Tabelle | | | | |

³³ Es handelt sich um die gemittelte Kopfzahl pro Jahr. Beschäftigte die wegen unbezahlter Beurlaubung oder Erkrankung nicht am jährlichen Dienstbetrieb teilnehmen, sind nicht berücksichtigt. Auszubildende sind ebenfalls nicht aufgeführt. Abgeordnete, gestellte oder überlassende Beschäftigte werden vom aufnehmenden Unternehmen genannt.

Gesamtabschluss 2019

| Gesellschaften des WVV Teilkonzerns | Beschäftigte | Beamte | Gesamt | Veränderung zum Vorjahr |
|---|--------------|----------|--------------|-------------------------|
| WVW Wiesbaden Holding GmbH | 11 | 0 | 11 | 0 → |
| ESWE Versorgungs AG | 570 | 0 | 570 | 2 ↑ |
| ESWE Verkehrsgesellschaft mbH | 1.133 | 0 | 1.133 | 71 ↑ |
| WITCOM GmbH | 31 | 0 | 31 | 1 ↑ |
| WiBau GmbH | 31 | 0 | 31 | 9 ↑ |
| Beteiligungsgesellschaft WVW Holding GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| SEG GmbH | 65 | 0 | 65 | 13 ↑ |
| GWW GmbH | 169 | 0 | 169 | 23 ↑ |
| GWI Gewerbeimmobilien GmbH | 1 | 0 | 1 | 1 ↑ |
| WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG | 1 | 0 | 1 | 0 → |
| SW Netz GmbH | 127 | 0 | 127 | 10 ↑ |
| GeWeGe Wohnungsgesellschaft mbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE BioEnergie GmbH | 9 | 0 | 9 | 2 ↑ |
| ESWE Taunuswind GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE Windpark GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| Summe Teilkonzern | 2.148 | 0 | 2.148 | 132 ↑ |

Gesamtabschluss 2019

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung / Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

| Stadtverordnetenvorsteher: | Stellvertreter/innen: |
|---|--|
| Gabriel, Christa | David, Michael Enders, Gabriele Große, Claus-Peter Seidensticker, Eberhard von Seemen, Ingo Wernergold, Jürgen (bis 31.05.2019) |
| Weitere Stadtverordnete zum 31.12.2019: | |
| Altintop-Nelson, Nedret | Mensching, Fredy |
| Andes-Müller, Dorothee | Michel, Sandra |
| Angor, Dorothea | Michna, Hans-Achim |
| Apel, Michaela | Mucha, Monika |
| Bachmann, Christian | Müller Dr., Eckhard |
| Becht, Monika | Nickel, Wolfgang |
| Becker, Jürgen (ab 02.07.2019) | Obergfell, Hans-Michael |
| Belz, Stephan | Offermanns, Ralf (ab 01.04.2019) |
| Beyes, Aglaja | Oschmann, Petermartin |
| Bohrer, Hartmut | Pfeifer, Rainer |
| Braun, Karl | Preinl, Thomas |
| Breuer, Stefan | Röck-Knüttel, Nicole |
| Bröder, Wilfried | Rottloff, Simon |
| Coigné, Mechthilde | Ruf, Nadine |
| Delbasteh Dr., Rashid | Rutten, Sebastian |
| Denzer, Manuel | Schmehl, Hendrik |
| Deusser-Betin, Jutta | Schmitz Dr., Sven-Uwe (bis 27.11.2019) |
| Diers, Christian | Schuchalter-Eicke, Gabriele |
| Egert, Urban | Schulz, Dimitri |
| Forßbohm, Brigitte | Schulz, Joachim |
| Gores, Wolfgang | Schulz, Peter (bis 31.03.2019) |
| Groth, Jens (ab 01.09.2019) | Schwalbach, Lucas |
| Güler, Sibel | Schwarzer, Julia (bis 31.08.2019) |
| Hagenmüller, Axel | Seipel-Rotter, Hendrik |
| Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim | Seldenreich, Denis |
| Hebenstreit, Anita | Sindl, Sascha (ab 01.06.2019) |
| Heller, Monika | Sobek, Jörg |
| Hinninger, Christiane | Spruch, Claudia |
| Karipidou, Sofia (ab 16.10.2019) | Uebersohn Dr., Gerhard |
| Kienast-Dittrich, Renate | Ulusoy, Arif (ab 01.09.2019) |
| Kisseler, Felix | Vogt, Petra |
| Knauer, Christa | Volk-Borowski, Dennis (bis 01.07.2019) |
| Koch, Simone (bis 30.09.2019) | Völker Dr., Reinhard |
| Küpper, Konstanze | Wagner, Erika |
| Lambrou, Robert | Wallmann, Astrid |
| Lauer, Stephan (ab 05.12.2019) | Weck, André |
| Lohrmann, Andrea | Weinerth, Sarah |

Gesamtabschluss 2019

Lorenz, Bernhard
Lork Dr., Klaus-Dieter
Lüderitz, Wilfried
Maritzen, Ronny

Wilhelmy, Veit
Winkelmann, Alexander
Wittkowski Dr., Bernd

Die Mitglieder des Magistrats in 2019 waren:

| | |
|--|---|
| Oberbürgermeister | |
| Gerich, Sven (bis 01.07.019) Mende, Gert-Uwe (ab 02.07.2019) | |
| Bürgermeister | |
| Franz Dr., Oliver | |
| hauptamtliche Magistratsmitglieder: | ehrenamtliche Magistratsmitglieder: |
| Imholz, Axel (Stadtkämmerer) Kessler, Hans-Martin Kowol, Andreas Manjura, Christoph | Becker, Nathalie Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo |

Wiesbaden, den 15.09.2021



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2019

Anlagen

Gesamtabschluss 2019

Anlage (1) Anlagenspiegel

| Position | Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR | | | | | | Abschreibungen in EUR | | | | | Buchwerte in EUR | | |
|--|---|--------------------|-------------------|----------------|--------------------------------|----------------------|-----------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--|----------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | Stand zum 01.01. | Zugänge | Abgänge | Umbuchungen | Wertänderung At Equity Methode | Stand zum 31.12. | Stand zum 01.01. | Zuschreibungen des Berichtsjahres | Abschreibungen des Berichtsjahres | Abschreibungen auf weitere Zugänge (Nachaktivierung) | Abschreibungen auf Abgänge | Stand zum 31.12. | Stand zum 31.12. | Stand zum 01.01. |
| 1 Anlagevermögen | 7.081.053.263 | 286.894.390 | 86.149.550 | 0 | 2.841.035 | 7.284.639.138 | 2.989.615.933 | 540 | 131.442.512 | 4.694.575 | 41.433.605 | 3.084.318.876 | 4.200.320.262 | 4.091.437.329 |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | 94.686.337 | 5.044.697 | 9.579.952 | 84.057 | 0 | 90.235.139 | 60.069.022 | 0 | 7.849.549 | 0 | 9.252.972 | 58.665.599 | 31.569.540 | 34.617.315 |
| 1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte | 32.903.427 | 1.494.056 | 4.032.436 | 87.957 | 0 | 30.453.004 | 26.497.700 | 0 | 2.488.088 | 0 | 4.030.862 | 24.954.926 | 5.498.078 | 6.405.727 |
| 1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 61.501.937 | 2.932.954 | 5.222.222 | 0 | 0 | 59.212.669 | 33.571.322 | 0 | 5.361.461 | 0 | 5.222.111 | 33.710.672 | 25.501.997 | 27.930.615 |
| 1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 280.973 | 617.687 | 325.294 | -3.900 | 0 | 569.466 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 569.466 | 280.973 |
| 1.2 Sachanlagen | 6.281.796.004 | 281.105.118 | 73.110.494 | -84.057 | 0 | 6.489.706.571 | 2.890.277.293 | 0 | 123.592.963 | 4.694.575 | 31.774.476 | 2.986.790.354 | 3.502.916.217 | 3.391.518.711 |
| 1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken | 3.168.380.006 | 84.741.708 | 42.791.649 | 27.388.913 | 0 | 3.237.718.979 | 889.335.807 | 0 | 50.374.390 | 0 | 4.273.918 | 935.436.280 | 2.302.282.699 | 2.279.044.199 |
| 1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 2.516.374.031 | 45.349.209 | 8.812.761 | 16.049.788 | 0 | 2.568.960.269 | 1.701.046.815 | 0 | 45.476.790 | 4.694.575 | 7.936.738 | 1.743.281.456 | 825.678.813 | 815.327.216 |
| 1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung | 178.052.014 | 5.447.552 | 2.863.883 | 1.235.019 | 0 | 181.870.703 | 105.691.789 | 0 | 7.432.091 | 0 | 2.849.325 | 110.274.540 | 71.596.163 | 72.360.226 |
| 1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 286.402.534 | 28.144.290 | 17.148.890 | 4.765.604 | 0 | 302.163.538 | 192.236.295 | 0 | 20.309.693 | 0 | 16.714.496 | 195.831.491 | 106.332.047 | 94.166.239 |
| 1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 132.587.417 | 117.422.358 | 1.493.312 | -49.523.381 | 0 | 198.993.082 | 1.966.587 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.966.587 | 197.026.495 | 130.620.830 |
| 1.3 Finanzanlagen | 530.930.921 | 744.575 | 3.459.104 | 0 | 2.841.035 | 531.057.428 | 39.269.618 | 540 | 0 | 0 | 406.156 | 38.862.923 | 492.194.505 | 491.661.303 |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.931.156 | 0 | 1.452.942 | 0 | 0 | 1.478.214 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.478.214 | 2.931.156 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 347.384.244 | 736.165 | 0 | 0 | 2.841.035 | 350.961.444 | 38.775.529 | 0 | 0 | 0 | 0 | 38.775.529 | 312.185.914 | 308.608.715 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 29.115.162 | 0 | 265.279 | 0 | 0 | 28.849.883 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 28.849.883 | 29.115.162 |
| 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens | 50.799.790 | 0 | 0 | 0 | 0 | 50.799.790 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 50.799.790 | 50.799.790 |
| 1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) | 100.700.569 | 8.410 | 1.740.883 | 0 | 0 | 98.968.096 | 494.089 | 540 | 0 | 0 | 406.156 | 87.394 | 98.880.703 | 100.206.480 |
| 1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen | 173.640.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 173.640.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 173.640.000 | 173.640.000 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (2) Forderungsspiegel

| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | Restlaufzeiten | | | Gesamt | Gesamt Vorjahr |
|---|--|--------------------|-----------------------|-------------------|--------------------|--------------------|
| | | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre | | |
| | | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 2.3.1 | Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 4.263.692 | 6.982.213 | 28.738.652 | 39.984.557 | 49.561.889 |
| 2.3.2 | Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 31.604.649 | 39.748 | 11.715 | 31.656.112 | 30.133.937 |
| 2.3.3 | Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 86.482.413 | 170.372 | 15.417 | 86.668.202 | 40.617.652 |
| 2.3.4 | Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 1.345.328 | 0 | 0 | 1.345.328 | 661.846 |
| 2.3.5 | Sonstige Vermögensgegenstände | 52.424.279 | 1.436.748 | 441.290 | 54.302.317 | 33.339.138 |
| Gesamt | | 176.120.361 | 8.629.081 | 29.207.074 | 213.956.516 | 154.314.462 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

| Eigenkapital | Nettoposition und Gezeichnetes Kapital | Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses | Zweckgebundene und Sonderrücklagen | Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen | Anteil Dritter am Eigenkapital | Gesamtbilanzgewinn/-verlust | Gesamteigenkapital |
|------------------------|--|--|------------------------------------|---|--------------------------------|-----------------------------|--------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Stand 01.01.2019 | 1.259.089.688 | 240.621.538 | 1.883.961 | 3.528 | 66.147.317 | 145.516.487 | 1.713.262.518 |
| Zunahme | 0 | 20.908.931 | 0 | 0 | 17.604.534 | -11.635.626 | 26.877.839 |
| Abnahme | 0 | 0 | 356.279 | 0 | 0 | 0 | 356.279 |
| Dividendenausschüttung | 0 | 0 | 0 | 0 | 16.543.252 | 0 | 16.543.252 |
| Stand 31.12.2019 | 1.259.089.688 | 261.530.469 | 1.527.682 | 3.528 | 67.208.599 | 133.880.861 | 1.723.240.827 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

| Sonderposten | Stand 01.01. | Einzahlungen / Zugänge | | Auflösung | Auszahlunge | Stand 31.12. |
|---|--------------------|------------------------|-------------------|-------------------|------------------|--------------------|
| | EUR | immat. Vermögen | Sach- anlagen | EUR | Sach- anlagen | EUR |
| Sonderposten für erhaltene | | | | | | |
| 2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge | 223.942.741 | 1.054.964 | 17.235.508 | 14.320.887 | 8.251 | 227.904.075 |
| 2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich | 176.242.699 | 1.054.964 | 13.054.426 | 10.513.693 | 8.251 | 179.830.145 |
| 2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich | 18.096.479 | 0 | 1.688.889 | 1.155.990 | 0 | 18.629.378 |
| 2.1.3 Investitionsbeiträge | 29.603.563 | 0 | 2.492.193 | 2.651.204 | 0 | 29.444.552 |
| 2.2 Sonstige Sonderposten | 38.828.760 | 0 | 5.604.582 | 3.134.142 | 0 | 41.299.200 |
| Gesamt | 262.771.501 | 1.054.964 | 22.840.090 | 17.455.029 | 8.251 | 269.203.275 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

| Rückstellungen | Stand 01.01. | Inanspruch- nahme | Auflösung | Zuführung | Aufzinsung | Stand 31.12. |
|---|--------------------|----------------------|-------------------|--------------------|------------------|--------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 571.569.108 | 1.522.851 | 9.337.312 | 55.157.975 | 1.161.249 | 617.028.169 |
| 3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune) | 9.708.472 | 4.279.693 | 3.231.355 | 1.797.387 | 0 | 3.994.811 |
| 3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONEN | 95.993.160 | 0 | 0 | 4.345.983 | 0 | 100.339.143 |
| 3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | 11.400.938 | 67.145 | 0 | 0 | 0 | 11.333.793 |
| 3.5 Sonstige Rückstellungen | 163.018.316 | 40.592.746 | 5.576.473 | 62.160.241 | 528.875 | 179.538.213 |
| Gesamt | 851.689.994 | 46.462.435 | 18.145.140 | 123.461.586 | 1.690.124 | 912.234.129 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

| Verbindlichkeiten | Restlaufzeiten | | | Gesamt | Gesamt Vorjahr |
|--|--------------------|-----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre | | |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 176.692.789 | 453.778.943 | 1.099.320.238 | 1.729.791.970 | 1.684.585.903 |
| 4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 166.597.133 | 406.206.890 | 988.159.598 | 1.560.963.621 | 1.497.611.531 |
| 4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern | 2.867.405 | 9.670.945 | 15.866.720 | 28.405.070 | 29.446.157 |
| 4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten | 6.628.251 | 37.901.108 | 95.293.920 | 139.823.279 | 153.428.215 |
| 4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung | 600.000 | 0 | 0 | 600.000 | 4.100.000 |
| 4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 7.180.031 | 0 | 0 | 7.180.031 | 4.372.963 |
| 4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 75.778.026 | 0 | 0 | 75.778.026 | 73.646.075 |
| 4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 16.885.320 | 0 | 0 | 16.885.320 | 18.853.677 |
| 4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 5.704.184 | 0 | 0 | 5.704.184 | 6.421.348 |
| 4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten | 106.573.854 | 0 | 0 | 106.573.854 | 103.334.025 |
| Gesamt | 388.814.204 | 453.778.943 | 1.099.320.238 | 1.941.913.385 | 1.891.213.991 |

Gesamtabschluss 2019

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

| | | |
|-------------------|-----------------------------------|---|
| Vermögenslage | Nettoinvestition | $\frac{\text{Zugänge zu Anschaffungs- und Herstellkosten (AHK) des Haushaltsjahres}}{\text{Abgänge zu AHK des Berichtsjahres} \text{ ./. der Abschreibungen auf Anlagenabgänge}}$ |
| | Investitionsquote | $\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu AHK zu Jahresbeginn}}$ |
| | Reinvestitionsquote | $\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Berichtsjahres auf Sachanlagen}}$ |
| | Eigenkapitalquote II | $\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$ |
| | Pro-Kopf-Verschuldung | $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{34}}$ |
| Ergebnissituation | Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad | $\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$ |
| | Zinslastquote | $\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$ |

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat III - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.III@wiesbaden.de

Bildrechte: ©Wiesbaden.de / Foto: Martin Kunz

³⁴ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW